

Dr. Ernst Dieter Rossmann

- (A) (Lachen bei der CDU/CSU – Eckhardt Rehberg [CDU/CSU]: Herr Rossmann, das mit dem Zentralorgan war komplett daneben!)

Wie oft will Frau Schavan sich denn noch irren?

Das war der erste Satz.

Der zweite Satz stammt von allerhöchster Stelle. Sie haben bekanntlich eine Kanzlerin, die in sehr eigener Weise charmant ist. Auf einem Parteitag, bei dem Frau Schavan nicht einmal für ein Landesparteitagsmandat gewählt worden ist, hat die Bundeskanzlerin diese Qualität einmal mehr bewiesen. Weil es dort so viel Kritik an Frau Schavan gab, barmte Frau Merkel mit Blick auf Frau Schavan an die Adresse der Delegierten: Aber nun spendet doch einmal Beifall; sie tut doch auch Gutes.

Wenn eine Kanzlerin über eine Ministerin so etwas sagt, dann muss sich die Ministerin fragen, mit welcher Kraft sie in die zweite Halbzeit geht.

Frau Schavan, Sie brauchen neuen Elan; Sie brauchen neue Konzentration; Sie brauchen neue Ideen. Nur dann kann es eine bessere zweite Halbzeit für Bildung in Deutschland geben.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

- (B) Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Damit kommen wir nun zu dem **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Einzelplan 10.**

Ich erteile das Wort Bundesministerin Ilse Aigner.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ein etwas turbulentes erstes Halbjahr hinter uns gebracht – insbesondere auch in dem Bereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Zunächst haben wir zu Beginn des Jahres Dioxin im Futtermittel gefunden. Verbraucher und Landwirte waren in tiefer Sorge. Aber gemeinsam mit den Ländern haben wir schnell und effektiv Konsequenzen gezogen. Wir haben entschlossen und konsequent dafür gesorgt, dass Futtermittel und Lebensmittel in Deutschland für ein Höchstmaß an Sicherheit stehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Unser Aktionsplan, den wir gemeinsam beschlossen haben, ist bereits zu weiten Teilen umgesetzt.

Dann hat uns und halb Europa Ehec in Atem gehalten. Wir haben auch hier entschlossen und umsichtig gemeinsam mit dem Bundesgesundheitsministerium, mit

den Ländern und mit dem gesamten wissenschaftlichen Sachverstand Verbraucherinnen und Verbraucher vorsorgend geschützt und die Lage aufgeklärt. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die eingerichtete Taskforce hat sich bewährt. Im Hinblick auf die Verbraucherschutzministerkonferenz nächste Woche habe ich den Vorschlag gemacht, dass wir sie zu einem dauerhaften Instrument des Krisenmanagements weiterentwickeln. Zugleich sind wir aber auch unseren Landwirten, die unverschuldet in Not geraten sind, zur Seite gestanden. Wir haben auch Geld aus Brüssel besorgt, und Geld aus Brüssel ist auch immer Geld aus Deutschland. Deshalb haben wir unseren Landwirten zur Seite gestanden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

All das zeigt: Selten standen Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz so im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Nie waren einer Bundesregierung Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz so wichtig wie heute.

Wir haben Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine größere Bedeutung gegeben, und zwar ohne Verbraucher und Landwirte gegeneinander auszuspielen – und ohne ideologische Grabenkämpfe.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

In diesen Tagen wird wie heute Morgen viel über die Zukunft des Euro und Europas gesprochen. Damit verbindet so mancher auch Unsicherheit über das, was Europa kann. (D)

Europa kann viel. Wir sehen es an der gemeinsamen Agrarpolitik. Durch sie ist Europa zusammengewachsen und wächst noch weiter zusammen. Es ist auch mit nationalen Interessen vereinbar, für die ich streite.

Außerdem wissen gerade unsere Landwirte sehr genau, was der Euro wert ist. 9 von 10 Euro werden innerhalb der Euro-Zone umgesetzt. Früher brauchten wir wegen der Auswirkungen der Wechselkursschwankungen innerhalb der Europäischen Union ein sehr kompliziertes Ausgleichssystem. Theo Waigel musste damals noch dreistellige Millionenbeträge hin- und herschieben, um manches auszugleichen.

All das gehört der Vergangenheit an. In den vergangenen Jahren hat Europa gerade hier für Sicherheit gesorgt.

Für die gemeinsame Agrarpolitik werden wir in den kommenden Monaten wichtige Weichenstellungen für die Förderperiode nach 2013 verhandeln. Es geht um die Sicherung der Ernährung. Es geht aber auch um die Einkommensstabilisierung in der Landwirtschaft und um Umweltschutz und Biodiversität in der Agrarpolitik. Europa bleibt auch hier unsere Zukunft.

Wenden wir uns aber auch weiter der Zukunft zu. Auch der Haushalt 2012 ist auf die Zukunft ausgerichtet. Mit 5,28 Milliarden Euro steht er weiterhin als Garant für Stabilität.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bundesministerin Ilse Aigner

- (A) Wir haben zwar einen Rückgang zu verzeichnen, aber das ist keine Kürzung, sondern es zeigt, dass wir unser Grünlandmilchprogramm mit Erfolg abgeschlossen haben.

(Lachen des Abg. Dr. Wilhelm Priesmeier
[SPD])

Es zeigt, dass wir unseren Landwirten genau in der Zeit, in der sie es brauchen, zur Seite stehen, und zwar effektiv und wirkungsvoll.

Wir stehen verlässlich an der Seite unserer Bauern. Dies gilt auch für die Gestaltung der landwirtschaftlichen Sozialpolitik. Wir wollen einen einheitlichen Bundesträger etablieren. Mit ihm wollen wir moderne Strukturen schaffen, damit wir auch künftig ein eigenständiges soziales Sicherungssystem für die Landwirtschaft erhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Bundesregierung ist trotz knapper Kassen bereit, 150 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel sind zweckgebunden, und sie werden nur dann entsperrt, wenn es einen einheitlichen Bundesträger gibt. Ich meine, das ist eine sinnvolle Investition. Ich möchte heute schon allen danken, die dazu beigetragen haben und beitragen, dass wir das Gesetzgebungsvorhaben zügig beraten werden und somit die zusätzlichen Bundesmittel rechtzeitig entsperren können.

- (B) Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, viele ländliche Räume stehen vor großen Herausforderungen. Unser Bundespräsident hat es vor kurzem „Unterjüngung“ genannt. Demografischer Wandel, fehlende Jobperspektiven und Abwanderung der Jugend sind Zeichen dafür.

Mit vier Modellregionen will ich ab nächstem Jahr gezielt neue Instrumente in der Förderung erproben, die dagegenhalten und periphere ländliche Regionen unterstützen, und zwar mit Zielvereinbarungen, Regionalbudgets und Mikrofinanzierungen für kleine Unternehmen, unbürokratisch und mit viel Verantwortung für die Menschen vor Ort. Deutschland kann seine Stärke eben nicht nur aus den Ballungszentren oder Clustern beziehen, sondern Deutschland muss auch in der Fläche und damit in seiner Gesamtheit stark sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Bundesregierung geht den Umstieg auf erneuerbare Energien entschlossen an, und wir beschleunigen das Tempo. Deshalb stärkt auch mein Haus die Energieforschung. Es ist eine erfreuliche Nachricht: Erstmals beziehen wir mehr als ein Fünftel der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Die Landwirtschaft steht hier für Leistung. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag bei der Erzeugung von erneuerbaren Energien. Das heißt: Künftig ist es nicht der Strom, der in die Fläche geht, sondern der Strom kommt aus der Fläche. Deshalb brauchen wir auch in diesem Bereich weitere Forschung. Wir brauchen Forschung für neue Energiepflanzen, und wir brauchen Forschung zur Speicherfähigkeit und Effizienzsteigerung vor allem in dezentralen Versorgungsstrukturen. Nicht nur industrielle Großanlagen dürfen

die Zukunft bestimmen; die Energiegewinnung gehört auch in die bäuerliche Hand. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Unsere Ziele bilden sich in den Förderschwerpunkten ab. Allein in den Jahren bis 2014 setzen wir 250 Millionen Euro für die Bioenergieforschung ein. Das ist ein ordentlicher Schub für die Energieversorgung von morgen.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Vorgestern hat der Europäische Gerichtshof sein Urteil zu gentechnisch veränderten Pollen in Honig gesprochen. Es ist ein Grundsatzurteil, das Klarheit schafft, und ich begrüße das; denn die Verbraucher haben einen Anspruch auf Klarheit und Transparenz. Wir, die christlich-liberale Koalition, haben uns in Brüssel immer dafür eingesetzt, dass alle Produkte, die auf einer Produktionsstufe mit Gentechnik in Berührung gekommen sind, gekennzeichnet werden. Ich hoffe, dass auch die Kommission jetzt Handlungsbedarf sieht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Unabhängig davon müssen wir die geltenden Koexistenzregeln überprüfen. Dabei geht es auch um die Sicherheitsabstände. Gentechnikrecht ist aber Gemeinschaftsrecht. Deshalb ist die Europäische Kommission am Zug, für ein einheitliches Vorgehen in dieser Angelegenheit zu sorgen.

Unsere Verbraucherpolitik basiert auf Schutz und Transparenz. Hier haben wir in der jüngsten Vergangenheit wichtige Schritte nach vorne gemacht. Wir fördern unter anderem das Internetportal *lebensmittelklarheit.de* der Verbraucherkentralen. Millionen Zugriffe allein in den ersten Tagen und bislang über 2 000 Produktmeldungen zeigen, dass es bei der Aufmachung und Kennzeichnung von Lebensmitteln Diskussionsbedarf gibt. (D)

(Beifall des Abg. Dr. Wilhelm Priesmeier
[SPD])

Der Dialog zwischen den Verbrauchern und der Wirtschaft läuft auf Hochtouren. Es ist ein Lernprozess für beide Seiten. Hier geht es um Transparenz und Kennzeichnung, es geht nicht um Sicherheit. Bei gesundheitlichen Gefahren werden die Länder *lebensmittelwarnung.de* starten. Schnell und effektiv werden künftig Verbraucher informiert.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Genau so ist es!)

Auf europäischer Ebene haben wir einiges erreicht. Es sei nur die Kennzeichnung von Analogkäse und Klebefleisch genannt. In Zukunft wissen auch Allergiker, wo Allergene drin sind. Für sie ist das eminent wichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Verbraucher wollen immer mehr regionale Produkte. Das ist auch eine Herausforderung für die Kennzeichnung. Wo der Name einer Region draufsteht, müssen auch die Erzeugnisse der Region drin sein. Hier Verlässlichkeit zu schaffen, liegt mir persönlich am Herzen. Deshalb wird es in der nächsten Woche ein Ausschrei-

Bundesministerin Ilse Aigner

- (A) bungsverfahren geben, welches die Kriterien hierfür festlegen wird.

Wir haben einen Beipackzettel für Wertpapiere verpflichtend gemacht. Kosten, Risiken und Ertragschancen sind nun im Produktinformationsblatt auf einen Blick zu sehen. Bankberater müssen bei der BaFin gemeldet werden. Auch der Graue Kapitalmarkt zieht in Kürze nach. Wir wollen künftig die Honorarberater fest verankern, und wir haben die Transparenz und den Schutz vor Falschberatung erhöht. Auch das sorgt für mehr Sicherheit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Für mehr Sicherheit haben wir auch bei Onlinegeschäften gesorgt. Die Button-Lösung wird auf unsere Initiative hin nun EU-Recht.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Die nationale Umsetzung sind wir bereits angegangen. Verbraucher müssen künftig auf Kosten hingewiesen werden, bevor ein kostenpflichtiger Vertrag abgeschlossen wird. Das ist ein wichtiger Beitrag gegen Abzocke im Internet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die christlich-liberale Koalition steht für Verlässlichkeit gegenüber der Landwirtschaft. Die christlich-liberale Koalition steht bei den Verbrauchern für ein hohes Schutzniveau. Auf diesem Fundament stärken wir die Verbraucher in ihrer Selbstbestimmung durch mehr Transparenz und auch mehr Information. Wir übernehmen hier Verantwortung. Wir haben hier in den letzten beiden Jahren, also in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode, große Erfolge erzielt, und das werden wir auch in den nächsten beiden Jahren, also in der zweiten Hälfte dieser Legislaturperiode, tun.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Wilhelm Priesmeier für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Zuhörer! Die Investitionsbereitschaft der deutschen Landwirtschaft steigt. Die Exporte werden vermutlich auch dieses Jahr die 50-Milliarden-Euro-Grenze überschreiten. Das alles sind durchaus positive Signale trotz einer Ernte, die hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Diese Entwicklung ist auf unternehmerisches Handeln und auf den Fleiß der Landwirte zurückzuführen.

(Dr. Edmund Peter Geisen [FDP]: Genau!)

Ob sie eine Folge der schwarz-gelben Agrarpolitik ist, das lasse ich jetzt einmal dahingestellt.

Wer über den Haushalt 2012 redet, darf natürlich nicht die vergangenen Haushalte vergessen. Sie haben in den letzten Haushaltsjahren insgesamt 750 Millionen Euro an zusätzlichen Subventionen für die Landwirtschaft ausgegeben und in vielen Bereichen verbrannt. Damit haben Sie den Spielraum für kommende Haushalte, auch für den jetzigen Haushalt, in entscheidender Weise begrenzt, wenn nicht gar in einzelnen Teilen vernichtet. Allein die Finanzierung der Agrardieselsubventionen kostet die Gemeinschaftsaufgabe zusätzlich 85 Millionen Euro zur Gegenfinanzierung. Sie schreiben das im Haushalt 2012 fort. Wir als SPD stellen diese Subventionen grundsätzlich zur Disposition.

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Pfui! – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Das ist schlecht!)

Wir wollen, dass die Landwirtschaft auch hier einen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Es kann doch nicht sein, dass fossiler Diesel günstiger ist als das Öl vom eigenen Acker. Das müssen wir ändern; wir müssen dafür sorgen, dass auch dieser Bereich nachhaltiger wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Mittelausstattung der Gemeinschaftsaufgabe bleiben Sie auf dem Vorjahresniveau. Dabei ist gerade die Gemeinschaftsaufgabe das zentrale Gestaltungselement der Politik im ländlichen Raum. Wir Sozialdemokraten bekennen uns zum ländlichen Raum und fordern daher eine Umkehr dieser Politik. Wir fordern, dass zumindest das wieder aufgebaut wird, was in diesem Bereich abgebaut worden ist. Da reicht es nicht, Modellregionen zu fordern – auch wenn der Ansatz richtig ist –; 6 Millionen Euro kompensieren nicht 86 Millionen Euro. Die Fortsetzung des eingeschlagenen Weges führt langfristig zu einer strukturellen Schwächung des ländlichen Raumes. Angesichts der vielfältigen Probleme, die wir dort zu bewältigen haben – es ist von der Frau Ministerin eben angesprochen worden: die soziale Infrastruktur ist in vielen Bereichen infrage gestellt; junge Menschen wandern ab; gut bezahlte Arbeitsplätze fehlen –, kann man mit der Gemeinschaftsaufgabe und entsprechender Prioritätensetzung gegensteuern.

(Beifall bei der SPD – Marlene Mortler [CDU/CSU]: Tolle Idee!)

Ihre Prioritätensetzung ist dagegen eindeutig: auf der einen Seite eine dauerhafte Subvention des Agrardiesels, auf der anderen Seite weniger zukunftsgerichtete Investitionen und weniger Beschäftigung im ländlichen Raum. Das bedeutet konkret Ihre Politik in diesem Zusammenhang.

(Zuruf des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

– Sie haben das doch als großen Sieg für die Landwirtschaft gefeiert, Herr Goldmann. Ich glaube, das muss man einmal gründlich hinterfragen. Eine Partei, die sich sonst dafür ausspricht, Subventionen abzubauen, ist an dieser Stelle konsequent dafür, die Subventionen auszubauen. Das Urteil darüber überlasse ich dem deutschen

Dr. Wilhelm Priesmeier

- (A) Steuerbürger. Ich glaube, er wird ein gerechtes Urteil über Ihre politische Strategie fällen.

(Beifall bei der SPD)

Die Feststellung, die die Bundesregierung im Agrarbericht trifft, nämlich GAK und GRW besser zu vernetzen und beide Aufgaben verstärkt und zielorientiert zur Unterstützung auch des ländlichen Raumes einzusetzen, ist richtig. In Ihrem Haushaltsentwurf findet sich das überhaupt nicht wieder. Ich glaube, da bedarf es einiger Nachbesserungen, um auch diesen Teil wieder auf den richtigen Weg zu führen.

Ich spreche mich wie die gesamte SPD dafür aus, die Gemeinschaftsaufgabe weiterzuentwickeln, ihre Zielbestimmung neu festzulegen

(Zuruf von der CDU/CSU: Wie unter Rot-Grün!)

und sie letztlich weiterzuentwickeln zu einer Gemeinschaftsaufgabe für den ländlichen Raum, die insgesamt auch den Anforderungen zukünftiger Politikgestaltung entspricht und nicht auf dem Stand bleibt, den wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, Sie haben einen breiten Diskussionsprozess über die Ziele und Prioritäten in der Land- und Ernährungswirtschaft angeschoben. Das war an sich längst überfällig. Am Ende wollen Sie eine Charta für Landwirtschaft und Verbraucher vorlegen. Ich möchte Sie an dieser Stelle ausdrücklich für Ihr Engagement loben. Wir brauchen diese gesellschaftliche Diskussion. Dieses Vorhaben hat nicht die uneingeschränkte Zustimmung der Koalition gefunden; das war ja sehr umstritten.

(B)

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das kann man so nicht sagen!)

Sie können da gewiss sein: Von unserer Seite wird diese Diskussion natürlich kritisch begleitet; aber wir brauchen diese Diskussion. Wir müssen heute darüber diskutieren, wie moderne Landwirtschaft morgen aussehen soll. Wir müssen heute darüber diskutieren, welche Strukturen wir zukünftig wollen.

(Iris Gleicke [SPD]: Richtig!)

Heute müssen die Entscheidungen über die Richtung getroffen werden, in der wir die Landwirtschaft bei ihrer Entwicklung zu einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft in Europa begleiten wollen.

Wir müssen heute mitentscheiden, wie wir diese Strukturen fördern wollen. Das gilt auch für die Tierhaltung.

(Beifall bei der SPD – Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das ist ja interessant!)

Es kann doch nicht sein, dass bei jedem Stallneubau eine ganze Region in Aufruhr gerät. Wir brauchen klare Rahmenbedingungen. Wir brauchen einen eindeutigen gesetzlichen Rahmen für unsere Veredelungswirtschaft.

In diesem Zusammenhang darf natürlich der Tierschutz nicht fehlen. Der Tierschutz bedarf auch in der

weiteren Ausgestaltung entsprechender wissenschaftlicher Grundlagen. In Ihrem Haushaltsentwurf findet man aber keinen ambitionierten Ansatz für ein Tierschutzforschungsprogramm. Wir als Sozialdemokraten fordern daher ein Bundesprogramm Tierschutzforschung. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Damit wollen wir die tierschutzrelevante Forschung auf Bundesebene bündeln und für die Zukunft substanzielle Verbesserungen für die Züchtung und Haltung von landwirtschaftlichen Nutztieren erreichen und unterstützen.

Wir diskutieren gegenwärtig auf europäischer Ebene auch intensiv über die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik. Auch das ist eine Baustelle, Frau Ministerin, auf der Sie nicht besonders aktiv agieren.

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Was? Habt ihr Wahrnehmungsprobleme?)

In der Debatte um die Weiterentwicklung des Greenings sind Sie weitestgehend abgetaucht. Von Ihnen und auch von der Koalition hat es bislang keine substanziellen Vorschläge gegeben.

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Nein, wir verhandeln!)

Die Devise lautet bei Ihnen offensichtlich noch immer: Weiter so wie bisher. Es war alles gut, und auch in Zukunft wird alles gut sein. – Das ist aber keine zukunftsgerichtete Politik. Diese Politik wird letztendlich keinen Bestand haben; davon gehe ich aus, auch wenn ich auf das Jahr 2013 schaue. (D)

(Beifall bei der SPD)

Unsere Gesellschaft stellt berechnete Forderungen, bei denen es um die Legitimation auch der derzeitigen Prämienzahlungen in der Landwirtschaft geht. Aber Sie gehen nicht darauf ein. Ich habe den Eindruck, dass Ihre Politik im Hause vielleicht doch noch vom Deutschen Bauernverband mitgesteuert wird und eher Klientelpolitik ist, während wir Agrarpolitik schon lange nicht mehr als Klientelpolitik verstehen.

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Wilhelm, das weißt du doch besser!)

Wir brauchen – das ist unbestritten – ein konsequentes Greening der Agrarpolitik auf europäischer Ebene. Wir brauchen nach dem Grundsatz „öffentliches Geld für öffentliche Güter“ natürlich auch dort eine entsprechende Neuausrichtung. Wir sind dafür, gesellschaftlich geforderte Leistungen zu honorieren und nicht Selbstverständlichkeiten zu bezahlen. Für uns bedeutet das: mehr Klimaschutz, mehr Bodenschutz, Erhalt der biologischen Vielfalt und Einsatz erneuerbarer Energien auch im Agrarsektor.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, wir brauchen ein konsequentes Umbruchverbot für Dauergrünland, die obligatorische Winterbegrünung, das Festschreiben einer dreijährigen Fruchtfolge und Extensivierungsflächen auch für Umweltzwecke. Das muss Bestandteil des Greenings sein. Das muss um-

Dr. Wilhelm Priesmeier

- (A) gesetzt werden, und dafür bedarf es auch der Unterstützung in Brüssel.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD):

Setzen Sie das bitte auch bei der Weiterentwicklung der Politik im deutschen Interesse in Brüssel mit um. Seien Sie vergewissert, Frau Ministerin: Auch bei den anstehenden Beratungen zum Haushalt werden wir Ihnen durch konstruktive Anträge den richtigen Weg weisen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Heinz-Peter Haustein für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Heinz-Peter Haustein (FDP):

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Also, Herr Priesmeier, was Sie hier so von sich gegeben haben, ist doch etwas realitätsfern; aber dazu kommen wir jetzt im Einzelnen.

Dieser Einzelplan 10 ist der schönste, den es gibt,

- (B) (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Es geht hier nicht um Schönheit, Herr Kollege!)

nicht nur wegen des Ministeriums, sondern in seiner Gänze: Es geht um Essen, es geht um Trinken, es geht um die Grundlagen unseres Zusammenseins. Wenn man sich als Haushälter den Gesamtetat in Höhe von 5,28 Milliarden Euro anschaut, stellt man fest, dass er angepasst wurde. Er umfasst jetzt 211 Millionen Euro weniger, weil das Grünlandmilchprogramm ausläuft und weil der Zuschuss zur Erhöhung des Stiftungskapitals der Stiftung Warentest auf 10 Millionen Euro angepasst wurde.

Wohin gehen nun diese 5,28 Milliarden Euro? Es ist so, wie bei all unseren Haushalten: Das meiste Geld geht fürs Soziale drauf. So sind wir halt von der christlich-liberalen Regierung – sehr sozial eingestellt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Lachen bei der SPD)

In diesem Fall sind für die Alterssicherung der Landwirte 2,17 Milliarden Euro, für die Krankenversicherung der Landwirte 1,28 Milliarden Euro und für die landwirtschaftliche Unfallversicherung bislang 175 Millionen Euro vorgesehen, wobei es bei entsprechenden Reformprozessen auch noch zu einer Anpassung nach oben kommen kann. Wir werden sehen, mit welchem Betrag wir hier aus den Verhandlungen herauskommen.

Wohin geht nun das übrige Geld? Ich möchte einmal die nachgelagerten Institute und Behörden nennen: Das

Bundessortenamt erhält rund 24 Millionen Euro, das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit 38 Millionen Euro, das Julius-Kühn-Institut – es ist, vereinfacht gesagt, für die Kulturpflanzen zuständig – 76 Millionen Euro, das Friedrich-Loeffler-Institut, für Tiergesundheit zuständig, 106 Millionen Euro, das Max-Rubner-Institut, das für Verbraucherschutz im erweiterten Sinne zuständig ist, 47 Millionen Euro und das Johann-Heinrich-von-Thünen-Institut, das für den ländlichen Raum, für Wald und Fischerei zuständig ist, 79 Millionen Euro. Sie sehen also, auch in diesem Bereich wird konstant Geld bereitgestellt. Mein Dankeschön gilt diesen Instituten und Behörden für ihre gute Arbeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Der Bauer, der Landwirt ist ja auch Unternehmer. Deshalb muss man auch etwas tun, damit er in Europa und darüber hinaus wettbewerbsfähig bleibt. Ein Bereich, bei dem wir den Landwirten bislang immer geholfen haben, ist die steuerliche Vergünstigung von Agrardiesel. Als ich diese Woche das Programm der SPD vom 5. September gelesen habe, habe ich gedacht, mein Schwein pfeift. Die SPD will die Subventionierung des Agrardiesels abschaffen. Sie will unsere Bauern in den Ruin treiben.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Unglaublich! – Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Das ist doch Blödsinn! Die können doch Pflanzenöl tanken! – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lächerlich!)

(D) – Das wollt ihr; denn wenn im übrigen Europa im Durchschnitt 4 Cent und bei uns 26 Cent bezahlt werden müssen, würdet ihr einen weiteren Vorteil weghauen. Ich habe gedacht, ich verstehe die Welt nicht mehr. Was soll das denn, die Axt an die Existenzgrundlage der Bauern zu legen?

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Bauern sind Unternehmer. Unsere Aufgabe ist es, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, dass ihre Produkte wettbewerbsfähig in Europa bleiben. Deshalb, liebe Landwirte, kann ich versichern: Mit uns ist eine Kürzung der Agrardieselsubventionen nicht zu machen. Darauf könnt ihr euch verlassen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Zum Beritt des Ministeriums gehören 5 Millionen Beschäftigte. Das ist eine Erfolgzahl. Ich möchte auch einmal an die Fischerei, an den Garten- und Landschaftsbau und an die Forstwirte erinnern. All diese leisten ihren Beitrag.

Bei unserem Haushalt wurde auch der Verbraucherschutz nicht vergessen. Der entsprechende Ansatz ist aufgestockt worden. Für die Titelgruppe „Nachwachsende Rohstoffe“ sind 6 Millionen Euro mehr vorgesehen. Für den Ökolandbau sind nach wie vor 16 Millionen Euro veranschlagt.

Liebe Freunde, für uns ist es eine Herzenssache, das ganze Team der Landwirte, der Fischer, der Forstwirte

Heinz-Peter Hauste

- (A) und der Gärtner zu unterstützen. Wie heißt es so schön – und dabei bleibt es auch –: Das schönste Wappen auf der Welt ist der Pflug im Ackerfeld.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

In diesem Sinne ein herzliches Glückauf aus dem Erzgebirge.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Roland Claus für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Roland Claus (DIE LINKE):

Durch meinen Vorredner werde ich ein bisschen an die Weisheit erinnert: Kunst ist Waffe, Volkskunst ist Geheimwaffe.

(Heiterkeit bei der LINKEN und der SPD)

Aber zum Etat. Mit Nahrungsgütern wird mehr denn je spekuliert. Ich nenne nur das Stichwort „Zuckermarkt“. Bodenverkäufe, besonders im Osten, werden staatlich gefördert. Die Selbstausbeutung von Landwirten steigt. Auch in den Minuten, in denen wir hier über den Etat der Verbraucherschutzministerin reden, gehen ganz sicher irgendwelche dubiosen Finanzprodukte an Verbraucherinnen und Verbraucher über. Ihre Antwort auf diese Situation, Frau Ministerin, heißt: Wir sind auf einem guten Weg und wollen den weiter gehen. – Es darf Sie nicht wundern, wenn wir dem nicht folgen und hier klar und deutlich Widerspruch anmelden.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Etat des Bundeshaushalts für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ist bescheiden. Er ist ja gerade vorgelesen worden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn man einmal die EU-, Landes- und kommunalen Mittel zusammenrechnet, stellt man fest, dass wir in Deutschland nur etwa 1 Prozent der Mittel der öffentlichen Haushalte für die Landwirtschaft und unsere Ernährung ausgeben. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das funktioniert nur, weil wir auf Kosten anderer, darunter der Ärmsten dieser Welt, leben. Auch das fordert Widerspruch heraus.

(Beifall bei der LINKEN)

Es hat auch nichts mehr mit Marktwirtschaft zu tun, wenn der Milchpreis niedriger als der Preis für Mineralwasser ist. Man muss einmal darüber nachdenken, wie man zu vernünftigen marktwirtschaftlichen Strukturen zurückkehren kann. Es ist schlimm genug, dass Ihnen das ein Sozialist erklären muss.

Die Linke weiß, was sie will. Die Linke steht für eine Agrar- und Verbraucherschutzpolitik, die den Konsumenten eine gesunde und bezahlbare Ernährung und den

Produzenten ein nachhaltiges und angstfreies Wirtschaften sichert. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Einige Fakten aus Ihrem Ressort zur Situation von Agrarbetrieben und Landwirten: Die Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft sind heute von Niedriglöhnen und einem hohen Grad an Selbstausbeutung geprägt, im Westen und Süden dieser Republik noch mehr als im Osten; hier verhält es sich also anders als sonst. Nötig wären für die Land- und Ernährungswirtschaft Mindestlöhne, eine neue Art sozialer Sicherung, auch eine bessere Infrastruktur, vor allem aber angemessene Erzeugerpreise.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir setzen uns bekanntlich intensiv für die Landwirtschaftsbetriebe im Osten ein; denn die Strukturen sind sehr verschieden. Hier gilt nicht, dass man im Osten so leben und produzieren will wie im Westen oder im Süden. Gewissermaßen sind die Agrarbetriebe in den neuen Bundesländern, wenn man so will, der einzige lebendige Beweis dafür, dass es in der DDR wirtschaftliche Strukturen gab, die denen in der Bundesrepublik überlegen waren.

(Lachen bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP – Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Von Claus lernen heißt Siegen lernen!)

– Ich habe damit gerechnet, dass es etwas länger dauert, bis das bei Ihnen angekommen ist. Ich werde es an anderer Stelle wiederholen. – Der Agrarbericht der Bundesregierung kommt daher nicht zu Unrecht zu dem Schluss, dass die Agrar Genossenschaften und GmbHs besser durch die Krise gekommen sind als die Kleinunternehmen. Deshalb brauchen auch diese Unternehmen Zukunftsklarheit für die Zeit nach 2013. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Ein historischer Blick auf die Agrarunternehmen im Osten zeigt, dass sie vor allem in den ersten zehn Jahren nach der Wende erheblichen Gegenwind hatten. Sie wurden vor allem als LPG-Nachfolgeorganisationen diskriminiert. In den folgenden zehn Jahren hat die Vernunft der Bauern gesiegt. Im Moment besteht eine Art Koexistenz von verschiedenen Erzeugern und Produzenten im Osten auf der einen Seite und im Westen und Süden auf der anderen Seite. Für die nächsten zehn Jahre wünsche ich mir, dass aus dem Erfahrungsvorsprung der ostdeutschen Agrarproduzenten quasi eine Periode des Lernens einsetzt. Also: Mehr Genossenschaft wagen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will mich dem Verbraucherschutz zuwenden. Wir geben etwas weniger als 2 Euro pro Bürgerin und Bürger für dieses wichtige Thema aus, in Summe – es ist schon genannt worden – etwa 150 Millionen Euro.

Verbraucherschutz geht bekanntlich alle an: am Kassenautomaten, an der Tankstelle, im Supermarkt und im Internet. Ich war erstaunt, als ich gelesen habe, dass in den letzten zwei Jahren 8,5 Millionen Fälle von Internet-

Roland Claus

- (A) betrug registriert wurden – und das sind nur die registrierten Fälle. Wir wissen, dass die Dunkelziffer noch viel höher ist. Das heißt, 10 Prozent der Bevölkerung hatten in den letzten zwei Jahren mit dieser Form des Betrugs zu tun. Damit ist das Internet quasi zum größten Tatort geworden. Es ist wichtig, dass wir uns diesem Problem zuwenden.

Wir brauchen auch auf dem sogenannten Finanzmarkt ein stärkeres Engagement für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Was heute als Finanzprodukt daherkommt und tatsächlich eine dubiose Abzocke bedeutet, das haben wir heute bereits an anderer Stelle besprochen. Ich sage Ihnen, Frau Ministerin: Der beste Beitrag zum Verbraucherschutz, den Sie leisten können, besteht darin, die Kasinos des unseriösen Finanzhandels zu schließen. Die kann man nicht reparieren; sie müssen geschlossen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linke steht für eine Stärkung des Verbraucherschutzes und seiner Institutionen. Wir wollen die Unterfinanzierung überwinden. Wir brauchen stabile Finanzierungen für die entsprechenden Stiftungen und Bundesämter. Es gibt Ideen, für deren Umsetzung gar nicht so viel Geld benötigt würde. Die Verbraucherschutzministerinnen der Linken in Berlin und Brandenburg haben den Lebensmittel-Smiley vorgeschlagen. Die Idee liegt, weil zur Umsetzung ein Bundesgesetz zu ändern wäre, wie wir meinen, schon viel zu lange auf Eis.

- (B) Ein letztes Wort, Frau Ministerin: Ihr Etat ist überschaubar. Das macht es leichter, ihn zu ändern. Hier sind wir mit Freude dabei. Ich will Sie schließlich daran erinnern, dass Sie noch immer einem geteilten Ministerium vorstehen – ein Teil in Berlin, ein Teil in Bonn. Sie kennen die Position der Linken: Wir sind für die Wiedervereinigung der Bundesregierung in Berlin. Die nächste Beamten-Generation wird es Ihnen danken. Die sind nämlich auch lieber hier. Wenn das geklappt hat, vergessen Sie dann nicht, denen zu sagen, dass Sie damit eine Idee der Linken umgesetzt haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Friedrich Ostendorff für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Frau Ministerin, gestatten Sie: Ich habe das Grundsatzurteil des EuGH zum Genhonig so verstanden, dass nicht, wie Sie es gesagt haben, beim Vorliegen gentechnischer Veränderungen eine Kennzeichnung vorzunehmen ist, sondern dass dieser Honig wegen der Kontamination als unerlaubte Zutat vom Markt zu nehmen ist. Das ist etwas anderes als das, was Sie gesagt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN) (C)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über Landwirtschaft reden, müssen wir unbedingt über Europa reden. Angesichts einer gemeinsamen europäischen Agrarpolitik macht es wenig Sinn, nur auf Deutschland zu blicken. Ein Blick in die ländlichen Räume der EU 27 mit ihrer vielfältigen, in weiten Teilen noch immer bäuerlich geprägten Struktur einerseits und der fortschreitenden Industrialisierung andererseits macht klar, dass wir heute mehr denn je vor einer echten Richtungsentscheidung in der Agrarpolitik stehen. Bauernhöfe oder Agrarfabriken – das ist die gesellschaftliche Frage, die gestellt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das ist die Schicksalsfrage der Landwirtschaft in Europa. Der Kampf für die bäuerliche Landwirtschaft und gegen die Agrarindustrie ist von Anfang an Kern grüner Agrarpolitik gewesen.

Ich weiß, dass viele von Ihnen die bäuerliche Landwirtschaft als Nostalgie betrachten und die Agrarindustrie als Zukunft. Wir Grünen sehen das ganz anders. Wir sagen: Landwirtschaft der Zukunft ist die bäuerliche Landwirtschaft, nachhaltig ausgerichtet. Dabei stellen wir uns bewusst in die bäuerliche Tradition, wie sie etwa auch auf unserem Hof zu Hause in Westfalen seit 700 Jahren besteht. Das hat nichts mit Nostalgie zu tun. Nostalgie ist das Festhalten an einem agrarindustriellen Modell, das uns in die gefährliche Sackgasse geführt hat, in der wir uns heute befinden. Nostalgie ist das Verharren bei dem fossilen Agrarmodell, obwohl das postfossile Zeitalter längst angebrochen ist. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nostalgie ist das ideologische Festhalten an einer gentechnologischen Vision, die sich längst als Wahn herausgestellt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nostalgie ist, daran zu glauben, dass es Tieren in Käfigen besser geht als auf der Weide. Nostalgie ist es, Tierfabriken mit vielen Tausenden Schweinen als Ausdruck des Fortschritts zu betrachten und die Überschwemmung der Welt mit deutschem Billigfleisch als Entwicklungshilfe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Matthias Miersch [SPD])

Wir sind heute an einem Punkt angekommen, an dem wir uns diese Art von Nostalgie nicht mehr leisten können. Die Klimakrise, der rasende Verlust der Artenvielfalt – auch der Allerweltsarten, gerade in der Agrarlandschaft –, die Energiekrise, die Ernährungskrise zwingen uns zum Umdenken. Dies wird weltweit so gesehen. FAO-Generalsekretär Jacques Diouf hat völlig recht, wenn er sagt, das heutige Paradigma einer intensiven

Friedrich Ostendorff

- (A) Pflanzenproduktion könne den Herausforderungen des neuen Jahrtausends nicht gerecht werden.

Die Herausforderungen sind klar: Wir müssen uns von einer Landwirtschaft verabschieden, die vollständig von fossiler Energie abhängt, und müssen endlich beginnen, in eine solare Landwirtschaft einzusteigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen den Verlust der Artenvielfalt stoppen und die Landwirtschaft wieder zu dem machen, was sie einmal war: Förderer der Artenvielfalt, nicht ihr Ende. Wir müssen die Landwirtschaft von einem CO₂-Emittenten wieder zu einer -Senke machen. Wir müssen Bäuerinnen und Bauern stärken, anstatt sie der Industrialisierung zu opfern. Wir müssen überall auf der Welt eine stabile Ernährungsgrundlage für uns Menschen schaffen. Damit müssen wir jetzt beginnen.

Daraus ergeben sich für uns folgende konkrete Aufgaben:

Erstens müssen wir die Chancen nutzen, die die Reform der EU-Agrarpolitik bietet. Dabei geht es darum, die Steuermittel in Höhe von 56 Milliarden Euro, die wir für die Gemeinsame Agrarpolitik verwenden, zukünftig so einzusetzen, dass auf den 80 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche in Europa nachhaltiger gewirtschaftet wird, dass wir Biodiversität, Klimaschutz und ländliche Entwicklung endlich zu den Eckpfeilern der Gemeinsamen Agrarpolitik machen, anstatt weiter immer nur davon zu reden, und dass wir endlich die systematische Benachteiligung der bäuerlichen Landwirtschaft beseitigen, anstatt weiter den Strukturwandel zu beklagen und gleichzeitig die Industrialisierung zu subventionieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Matthias Miersch [SPD])

Die Vorschläge der EU-Kommission gehen hier in die richtige Richtung. Deutschland blockiert jedoch bisher alle Reformbemühungen und überlässt damit die Führungsrolle in Europa wie so oft anderen. Das muss unbedingt geändert werden; dafür werden wir streiten. Deutschland muss endlich zum Motor einer ökologischen und sozialen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik werden.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Wo lebt denn der!)

– Ich lebe in Westfalen. Ich glaube, Frau Mortler, Sie wussten das; Sie können es auch nachlesen.

Zweitens müssen wir die Förderpolitik in Deutschland umgestalten. Allein über die Investitionsförderung wird die Massentierhaltung mit über 80 Millionen Euro im Jahr subventioniert.

(Dorothea Steiner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Skandalös!)

Auch die über 13 Millionen Euro für Exportförderung und Auslandsmessen, die für den Einzelplan 10 vorgesehen sind, dienen bekanntlich vor allem dem Fleischexport. Das müssen wir ändern. Stattdessen müssen wir

die Förderung klima-, tier- und umweltgerechter Verfahren ausbauen. (C)

Drittens müssen wir Missstände im Ordnungsrecht abbauen. Die Zustände in der Massentierhaltung, die dieser Tage in der Öffentlichkeit zu Recht als unhaltbar kritisiert werden, sind in der Regel völlig legal. Damit muss Schluss sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Matthias Miersch [SPD])

Viertens müssen wir die Forschungspolitik umbauen. Der Einzelplan 10 sieht 391 Millionen Euro für Forschung und Innovation vor; die Bio-Ökonomie-Strategie – nicht im Agrarstat – umfasst sage und schreibe 2,4 Milliarden Euro, aber davon fließt viel zu viel Geld in die Entwicklung der Agrotechnik und zu wenig in die notwendige Zukunftsforschung in den Bereichen Ökolandbau, Eiweißpflanzen, artgerechte Nutztierhaltung, Klimaschutz, Artenschutz. Das müssen wir ändern.

Schließlich müssen wir dafür sorgen, dass Agrarmärkte Regeln bekommen, die Bäuerinnen und Bauern mehr Marktmacht geben und ihnen erlauben, sich so zu organisieren und ihr Angebot so zu bündeln, dass sie nicht von den Monopolisten, etwa bei den Molkereien, an die Wand gedrückt werden.

Das sind die Aufgaben, die wir jetzt in der Agrarpolitik anpacken müssen. Nichts davon erkennt man im Handeln der Bundesregierung. Nichts davon spiegelt der Einzelplan 10 wider, der nicht gestaltet, sondern lediglich das Nichtstun verwaltet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Matthias Miersch [SPD]) (D)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Franz-Josef Holzenkamp für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Franz-Josef Holzenkamp (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Eine Bemerkung: Biobetriebe sind häufig wesentlich größer als konventionelle Betriebe. Ich glaube, das muss man einmal zur Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren, die Haushaltsdebatten eignen sich immer wieder sehr gut, um grundsätzliche Linien deutlich zu machen. Das machen wir auch. Von meinen Vorrednern wurde schon viel von Leitlinien geredet. Ich sage an dieser Stelle ganz bewusst: Unsere Leitlinie ist die Weiterentwicklung der modernen Landwirtschaft, und zwar auf Basis der Schöpfung und der Nachhaltigkeit, und nichts anderes. Das will ich deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegensatz zu vielen anderen haben wir keine Denkverbote. Wir sind vor allem keine Gegen-alles-Partei wie die Linke und – immer häufiger – die Grünen. Wir sagen

Franz-Josef Holzenkamp

- (A) Ja zu einer mittelständischen und unternehmerischen Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft, die vielen Menschen Beschäftigung und Perspektive bieten. Wir sagen Ja zur Nutzung von Exportchancen mit unseren hervorragenden Produkten; das sage ich deutlich. Wir sagen Ja zu Verbesserungen im Bereich des Verbraucherschutzes, und wir sagen auch Ja zur Einhaltung und Weiterentwicklung der Standards im Bereich des Tier- und Naturschutzes.

Diesen Grundsätzen wird der Haushalt des BMELV gerecht. Er ist solide finanziert und leistet seinen Beitrag zur Gesamtkonsolidierung unseres Bundeshaushalts. Die Veränderungen im Zusammenhang mit dem Grünlandmilchprogramm wurden bereits erwähnt und erklärt.

Zum Stichwort Agrardiesel: Lieber Kollege Wilhelm Priesmeier, danke für die Vorlage. Wir leisten unseren Beitrag zur Ausfinanzierung der Agrardieselvergünstigung. Wir entlasten damit unsere Betriebe und machen sie in Europa wettbewerbsfähiger. Wir können nicht so tun, als wären wir auf einer Insel der Glückseligen. Ich glaube, das solltet ihr zur Kenntnis nehmen. Wie ihr im Zusammenhang mit diesen Fragen zu landwirtschaftlichen Betrieben steht, wurde vorhin deutlich. Ich kann nur sagen: Mit uns geht das nicht. Ihr wollt schröpfen, wir schaffen Lösungen. Mit uns ist letztlich Verlässlichkeit gewährleistet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Das nächste Stichwort ist die GAK: Bereits im laufenden Haushaltsjahr 2011 wurde die GAK auf 600 Millionen Euro gekürzt. Diese Summe wird für den Haushalt 2012 fortgeschrieben. Diese Kürzung war für uns ein schmerzlicher Schritt; das will ich überhaupt nicht verhehlen. Ich will aber an Folgendes erinnern. Denken Sie an die Zeit vor 2005. Unter Rot-Grün wurde die GAK regelrecht als Steinbruch genutzt, und zwar ohne Besserstellung der Betriebe. Diese Besserstellung haben wir schon allein durch den Agrardiesel erreicht.

Stichwort Sozialversicherung: Unter dem Gesichtspunkt der Titelhöhe ist dies der wichtigste Bereich in unserem Haushalt. Über die 100 Millionen Euro an Bundeszuschüssen für die landwirtschaftliche Unfallversicherung hinaus sind weitere 75 Millionen Euro eingestellt, die mit einem klaren Arbeitsauftrag verbunden sind, nämlich der Schaffung eines Bundesträgers der landwirtschaftlichen Sozialversicherung. Hierzu gibt es erfreulicherweise einen parteiübergreifenden Konsens. Ich hoffe, wir bekommen dies im kommenden Halbjahr gut über die Bühne. Wir stellen uns dieser Aufgabe und werden dafür sorgen, dass bei diesem Übergang insbesondere die bisherigen Leistungen der regionalen Träger berücksichtigt werden.

Stichwort Verbraucherpolitik: Wir folgen weiter unserer Strategie, den eigenverantwortlich handelnden Verbraucher zu stärken. Meine Kollegin Mechthild Heil wird gleich detaillierter auf unsere Erfolge eingehen. Herr Hausteil hat vorhin gesagt, wie wir die Stiftung Warentest und auch die Deutsche Stiftung Verbraucherschutz unterstützt haben. Damit machen wir die Verbraucherberatung unabhängiger, und wir stärken den Ver-

braucherschutz. Dabei muss man auch die hohen Mittel für das BfR und das BVL berücksichtigen. Ich glaube, dass jeder erkannt hat, dass dies insbesondere nach Ehec ein wirksamer Beitrag zum Verbraucherschutz ist. (C)

Im Zusammenhang mit Ehec möchte ich eines betonen: Ich fand es wirklich bemerkenswert, dass einige Protagonisten unter uns diese wirklich große und tragische Krise zu Beginn der modernen Landwirtschaft anhängen wollten. Als dann genau das Gegenteil feststand, war von all diesen Protagonisten nichts mehr zu hören.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Frau Aigner, ich bin der Bundesregierung dankbar für das erfolgreiche Krisenmanagement in Zusammenarbeit mit dem Bundesgesundheitsminister.

Wir sind nicht ideologisch verbohrt. Trotz Haushaltszwängen setzen wir die Förderung des Bundesprogramms Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft fort. Wir wollen unabhängig von der Produktionsausrichtung alle Marktchancen nutzen. Ich plädiere einfach dafür – das ist in unserer mündigen Gesellschaft auch vernünftig –, dass der Verbraucher selbst entscheiden soll, was er will. Das ist ein deutlicher Unterschied zwischen der rechten und der linken Seite: Sie wollen Gängelung, wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die Menschen eigene Entscheidungen treffen können.

Meine Damen und Herren von der Opposition, da dies bei meinem Vorredner deutlich wurde, habe ich eine Bitte: Hören Sie endlich auf, die nachhaltig wirtschaftenden, konventionellen Betriebe zu verunglimpfen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP) (D)

Sie tun das nur, um einer Ihnen genehmen Betriebsform einen gewissen Vorzug zu geben und letztendlich Ihre Klientel zu befriedigen. Das ist nicht in Ordnung. Ich mache das am Beispiel der Hennenhaltung deutlich. Wohin führt einseitiger Tierschutz? Die Hennenhaltung in Deutschland wurde auf ein neues Verfahren umgestellt. Jetzt kommen 50 Prozent der Eier aus Deutschland; vorher waren es 75 Prozent.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat Gründe!)

Der Rest kommt aus Ländern mit einem niedrigeren Tierschutzstandard. Arbeitsplätze und Produktion wurden exportiert, der Tierschutz ist schlechter.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Daran seid ihr schuld!)

Dann habt ihr einen Antrag in den Bundesrat eingebracht, dass ihr die Übergangszeit für die Kleingruppenhaltungen verkürzen wolltet. 2010 sind die letzten Ställe gebaut worden. 2020 soll für diese Ställe ein Verbot gelten.

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil ihr die Zeit verschlafen habt!)

Das ist ein Angriff auf Eigentum. Kommen Sie zur Vernunft zurück! Bringen Sie diese Menschen und diese Betriebe nicht in Existenznöte!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Franz-Josef Holzenkamp

- (A) Eines möchte ich klarstellen: Dort, wo es problematische Bereiche gibt, sind wir natürlich unterwegs, um uns der Probleme anzunehmen und sie zu beseitigen. Das zeigt sich auch am hohen Haushaltsansatz für unsere Ressortforschung. Dass wir mehr Kommunikation betreiben müssen, zeigt sich auch im Charta-Prozess. Wir müssen Dinge neu erklären. Wie geht Landwirtschaft? Viele Menschen wissen das nicht mehr. Zum Fleischesen gehört auch, dass Tiere getötet werden. Man muss manchen Menschen tatsächlich erklären, dass Wurst und Fleisch nicht in der Kühltheke geboren werden. Wir wollen den Charta-Prozess deshalb zu einem besseren Dialog nutzen. Miteinander reden ist immer besser, als übereinander zu reden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Die Agrarexporte wurden eben gerade angesprochen. Ich lobe die Exportförderung des BMELV. Sie ist hochgradig erfolgreich mit unseren fantastischen deutschen Produkten. Wir lassen uns das von euch, insbesondere von den Grünen, nicht vermiesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nennen Sie richtige Zahlen! 75 Prozent der Agrarexporte werden innerhalb Europas gehandelt. Bei den Drittländern spielen insbesondere die Länder Russland, Schweiz und USA eine Rolle. Es sind nicht die Entwicklungsländer, die Sie immer wieder nennen. Das ist einfach falsch. Bleiben Sie bei der Wahrheit!

- (B) Auch wir Deutschen müssen unseren Beitrag zur Sicherung der Welternährung leisten. Es ist einfach so, dass nicht alle Produkte in allen Ländern wachsen. So einfach ist das. Eigentlich müsste das jeder verstehen können.

GAP wurde angesprochen. Ich habe ein Problem mit dem Greening, so wie es ausgestaltet wird. Das will ich überhaupt nicht verhehlen. Vor allen Dingen wird mit diesen Ansätzen den globalen Herausforderungen nicht Rechnung getragen. Man fällt zurück in Flächenstilllegungen und veraltete Instrumentarien. Das bringt so nichts. Meine Damen und Herren von der Opposition, ich unterstelle Ihnen: Sie wollen Umverteilungspolitik. Das ist Klientelpolitik.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Setzen Sie sich doch bitte für die gesamte Landwirtschaft ein!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich halte fest: Wir haben eine Land- und Ernährungswirtschaft, die hochinnovativ, hochleistungsfähig und sehr erfolgreich ist. Daraus resultiert: Nahrungsmittel sind noch nie so günstig gewesen wie heute. Ja, wir haben auch eine soziale Verantwortung.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Ende Ihrer Rede kommen.

Franz-Josef Holzenkamp (CDU/CSU):

(C)

Ja. – In einer nie gekannten Vielfalt und in höchster Qualität warten die Nahrungsmittel in den Supermarktregalen, allen Krisen zum Trotz. Damit das so bleibt, bedarf es einer verlässlichen bürgerlichen Politik. Meine Damen und Herren, Sie wissen: Das kann nur Schwarz-Gelb.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Rolf Schwanitz für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Rolf Schwanitz (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute in erster Lesung den Entwurf des Einzelplans 10, den Entwurf des Haushalts für 2012 von Frau Ministerin Aigner.

Zunächst einmal möchte ich feststellen: Er beinhaltet wenig Neues.

(Mechthild Heil [CDU/CSU]: Kontinuität ist gefragt!)

Es gibt wenige Überraschungen.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Er ist eben nachhaltig!)

(D)

Im Gegenteil, muss ich sagen. Er knüpft an schlechte Traditionen der Vorjahre an.

(Beifall bei der SPD)

Das Markenzeichen Ihrer Landwirtschaftspolitik wird auch 2012 sein: Fehlanzeige, wenn es um echte Strukturpolitik geht. Steuergelder werden für passive Gießkan-nensubventionen verpulvert. Das ist nach wie vor Ihr Markenzeichen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch einmal daran erinnern – Kollege Priesmeier hat das schon getan –: Unter dem Deckmantel der Hilfe für die Milchbauern sind 2010 400 Millionen Euro ausgegeben worden. Für dieses Jahr sind dafür noch einmal 300 Millionen Euro vorgesehen. Diese Mittel werden mit der Gießkanne über die Fläche verteilt. Ich nenne die Stichworte „Grünlandprämie“ und „Kuhprämie“. Außerdem gibt es zusätzliche Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung, mit denen die Beiträge heruntersubventioniert werden. Die Agrardieselsubvention – auch das ist angesprochen worden – wird dauerhaft fortgesetzt. Das entspricht einem Ausfall von Steuermitteln in Höhe von 260 Millionen Euro Jahr für Jahr.

(Mechthild Heil [CDU/CSU]: Verlässlichkeit!)

All das ist nicht problembezogen.

(Mechthild Heil [CDU/CSU]: Doch!)

Rolf Schwanitz

- (A) Das Geld wird nur in die Fläche ausgeschüttet, ohne dass strukturelle Überlegungen dahinterstecken. Diese Ausgaben haben keine Investitionseffekte. Das sind rein konsumtive Subventionen. Das zielt an den strukturellen Herausforderungen vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich war das nicht zum Nulltarif zu haben; insofern blieb mein Vorredner redlich. Es sind Kürzungen vorgenommen worden. Das musste gegenfinanziert werden. Die Agrardieselsubvention schlug in der Größenordnung von 170 Millionen Euro im wichtigen Bereich der Investitionsmittel negativ zu Buche. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ ist im Keller. Das Niveau von 2010 wird um 110 Millionen Euro unterschritten. Vor allen Dingen im wichtigen Sachgebiet „Verbesserung der ländlichen Strukturen“ ist richtig zugelangt worden. Das ist die Situation.

(Beifall bei der SPD)

Wer gedacht hat, dass sich der Umstand, dass weniger Mittel für Strukturpolitik und mehr Mittel für Gießkannensubventionen ausgegeben werden, in 2012 ändert, muss bitter enttäuscht feststellen: Das ist nicht so. Bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ gibt es keine Veränderung. Die Haushaltsmittel bleiben auf dem abgesenkten Niveau des Vorjahres: 0 Euro Veränderung in diesem Haushaltsentwurf gegenüber 2011.

- (B) Bei den Gießkannensubventionen passiert das, was Kritiker schon früher befürchtet haben: Obwohl das Sofortprogramm ausgelaufen ist, obwohl in diesem Jahr nach zwei Jahren Schluss ist, wird das Ganze nicht auslaufen, sondern die zusätzlichen Subventionen im Bereich der Unfallversicherung werden beibehalten. Das süße Gift der zusätzlichen Zuschüsse:

(Mechthild Heil [CDU/CSU]: Da spricht ein echter Theoretiker! – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Sollen die Bauern alleingelassen werden?)

75 Millionen Euro aus der Gießkanne in 2012, 50 Millionen Euro in 2013 und noch einmal 25 Millionen Euro in 2014. Summa summarum sind das 150 Millionen Euro, die in diesen Bereich hineingepumpt werden, ohne dass strukturpolitische Schwerpunkte gesetzt werden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Versicherungsschutz ist das!)

Das ist klar rückwärtsgewandte Agrarpolitik. Die Mittel für Strukturwandel, für Innovationen, für ökologische Ausrichtungen in der Landwirtschaft und für Investitionen werden quasi ausgetrocknet. Gießkannensubventionen hingegen werden aufgebläht, und die Dauer wird verlängert bis zum Gehntichtmehr. Das war das Markenzeichen Ihrer Politik in den letzten beiden Jahren. Das wird auch das Markenzeichen Ihrer Politik in 2012 sein.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das garantieren wir!)

Das habe ich vermutet, Herr Schirmbeck.

Auch im Bereich der Verbraucherpolitik fehlt echte Reformpolitik. Ich weiß nicht, warum Sie sich bezüglich der Stiftung Warentest auf die Schulter klopfen. Die Zuschüsse werden überproportional gekürzt. Die Aktion, die Sie bezüglich des Stiftungskapitals aufgelegt haben, erweist sich schlicht und einfach als das, was wir immer befürchtet haben, nämlich als eine Kürzung der Mittel bei der Verbraucherpolitik.

(Beifall bei der SPD – Heinz-Peter Hausteil [FDP]: Stimmt doch gar nicht!)

Auch bei der Deutschen Stiftung Verbraucherschutz fehlt der Ministerin jeder Wille zur Nachhaltigkeit. Erhöhung des Stiftungskapitals 2012? Fehlanzeige. Das war eine einmalige Aktion. Gibt es im Haushalt 2012 einen Querverbund zu den Strafgebern des Bundeskartellamtes? Fehlanzeige. Davon ist nichts zu erkennen. Ich fordere Sie deshalb hier noch einmal auf: Gestalten Sie endlich eine verursachergerechte Verbraucherpolitik in Ihrem Bundeshaushalt!

(Beifall bei der SPD)

Schaffen Sie einen Querverbund zu den Strafgebern des Bundeskartellamtes! Das wäre ein innovatives Signal bei der Finanzierung der Verbraucherarbeit, vor allen Dingen ein Signal an die Sünder im industriellen Bereich.

(Beifall bei der SPD)

Beim Thema Fehlanzeige kann ich die dm-Anzeigen nicht aussparen. Frau Ministerin, das wird Sie nicht überraschen. Fangen wir einmal mit dem Positiven an. Dass Sie diese Anzeigenserie zurückgezogen haben, war eine richtige Entscheidung. Aber dass Staatssekretär Müller sich in diesen Anzeigen quasi zum Werbeträger einer Drogeriekette macht, empfinde ich schlicht und einfach als Sauerei. Das ist mit dem Amtsverständnis eines Regierungsmitgliedes nicht zu vereinbaren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Das ist doch Blödsinn!)

Genauso unerträglich empfinde ich es, dass da sogar noch eine Agentur eingeschaltet worden ist und dies aus dem Titel „Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher“ finanziert wurde.

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Hört! Hört!)

Diese sogenannten Tipps,

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Die sind alle richtig!)

also mehr Obst und Gemüse zu essen und im Sommer mehr zu trinken, sind an Trivialität nun wirklich nicht mehr zu überbieten. Das hat mit Verbraucherinformationen überhaupt nichts zu tun und auch nichts mit INFORM. Wenn dies wieder einigermaßen ins Lot kommen soll, dann fordern Sie bitte Ihren Staatssekretär auf, er möge das aus seinen Dienstbezügen bezahlen, damit wieder Ordnung herrscht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Mit Ihnen macht keiner eine solche Anzeige! Der pure Neid!)

(C)
(D)

Rolf Schwanitz

- (A) Darüber und über viele andere Dinge mehr müssen wir reden, damit das Jahr 2012 nicht zu einem verlorenen Jahr für die Verbraucher und für die Landwirte in Deutschland wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Edmund Geisen für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Edmund Peter Geisen (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich meine, die Zukunft Deutschlands wird wesentlich von einer prosperierenden und florierenden Landwirtschaft geprägt sein. Die christlich-liberale Koalition, insbesondere wir von der FDP, setzen voll und ganz auf eine unternehmerische, effiziente Landwirtschaft, die ihr Einkommen am Markt verdienen kann.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das heißt auch, dass wir eine standortangepasste nachhaltige Produktion mit exzellenten Produktqualitäten wollen.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Eine Landwirtschaft am Gängelband des Staates hat noch nie funktioniert; dafür gibt es viele Beispiele. Ja, auch die speziellen deutschen Vorgaben der Vorgängerregierungen im vergangenen Jahrzehnt haben unsere Landwirtschaft eher geschwächt. Wichtige Branchen wurden ins Ausland verlagert und die Produkte dann importiert. Ein sehr anschauliches Beispiel ist – das wurde eben erwähnt – die Produktion von Eiern. Aber auch andere Produktionslinien konnten den Sondervorschriften und politischen Sonderwegen Deutschlands nicht standhalten.

Es muss, meinen wir, Schluss sein mit der ausnahmslosen Klientel-, Nischen- und Skandalpolitik in der Landwirtschaft. Die christlich-liberale Regierung hat erkannt, dass die Wettbewerbsverzerrungen abgebaut werden müssen, um unserer Landwirtschaft gerecht zu werden. Harmonisierung nationaler Vorgaben mit denen auf EU-Ebene, das ist unsere Devise.

Wir waren schon erfolgreich. Von meiner FDP-Fraktion erstmals vor vier Jahren eingefordert – das wissen viele hier im Haus –, hat die christlich-liberale Regierung mit Ministerin Aigner eine Angleichung der Agrardieselbesteuerung durchgesetzt, ebenso deren Verstärkung. Das ist Geld, das den Bauern zusteht. Das ist keine Subventionierung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist nur ein Schritt zur Harmonisierung eines Faktoreinsatzes. Das hat mit Subventionierung gar nichts zu tun. Wenn die französischen Bauern bisher noch nicht 1 Cent Agrardieselsteuer gezahlt haben, der Steuersatz, den die deutschen Bauern zu zahlen haben, aber bei 45 Prozent liegt, dann war da etwas nicht in Ordnung. Die Bauern bedanken sich ganz herzlich bei der jetzigen christlich-liberalen Regierung. Vielen Dank, Frau Aigner!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU – Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Harmonisiert doch mal eure Sozialpolitik!)

Wenn wir die unternehmerische Landwirtschaft im Interesse der Gesellschaft unterstützen wollen, dann muss die Politik dafür Sorge tragen, dass die Landwirtschaft von den Erträgen ihrer Arbeit auch existieren kann.

(Alexander Süßmair [DIE LINKE]: Das kann sie aber nicht!)

Dann will die Landwirtschaft gar keine Subventionen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was denn nun?)

Das ist im Sinne der betroffenen Landwirte und auch im Sinne der Gesellschaft.

Lassen Sie mich betonen: Wettbewerbsgerechtigkeit durch Harmonisierung staatlicher Vorgaben auf europäischer Ebene, kostendeckende Preise und angemessene Honorierung gesamtgesellschaftlicher Leistungen machen jegliche Subventionen überflüssig und entlasten damit auch die Staatskasse.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU – Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Na ja! Ganz so einfach ist das ja wohl nicht!)

Die christlich-liberale Regierung hat anerkannt: Zur Harmonisierung gehört auch die Anpassung von Vorschriften, zum Beispiel in den Bereichen Pflanzenschutz, Tierschutz und Umweltschutz. Daran müssen wir arbeiten. Auf rein nationaler Ebene werden jetzt endlich auch die Hausaufgaben gemacht, was früher nicht gemacht wurde. Wir werden die landwirtschaftlichen Sozialkassen endlich zukunftsfest machen. Die immer kleiner werdende Solidargemeinschaft in der Landwirtschaft kann ihre Eigenständigkeit auf Dauer nur mit einem Bundesträger sichern. Eine solche von uns in die Wege geleitete landwirtschaftliche Sozialreform führt mittelfristig zu Beitragsstabilität und zu Millioneneinsparungen im Haushalt. Hier, denke ich, gibt es über die Parteigrenzen hinweg Konsens.

Das noch in 2009 von der christlich-liberalen Koalition beschlossene Konjunkturprogramm hat die Krise der Landwirtschaft spürbar abgeschwächt. Lassen Sie mich nur einige Worte zur Sonderstellung des Wirtschaftszweiges Landwirtschaft sagen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Aber nur wenige Worte, bitte.

(A) **Dr. Edmund Peter Geisen** (FDP):

Nur wenige Worte. – Die Landwirtschaft ist keine Branche wie jede andere. Sie ist eine Werkstatt unter freiem Himmel. Was das bedeutet, haben wir dieses Jahr gesehen. Deswegen müssen wir uns unbedingt daranmachen, Risikoausgleichsmechanismen zu schaffen und zu installieren. Auch das wird die christlich-liberale Koalition tun und die Landwirtschaft damit zukunftsfest machen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wer heute den Agrarstandort Deutschland fit hält, sichert morgen Ernährung und Energie. Das ist unser politischer Kompass, und davon zeugt auch dieser Haushaltsentwurf.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Alexander Süßmair für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Alexander Süßmair (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Entwurf des Agrarhaushalts 2012 zeigt für mich, dass die Agrarpolitik der Bundesregierung weder sozial gerecht noch ökologisch oder ökonomisch nachhaltig ist.

(B)

(Mechthild Heil [CDU/CSU]: Haben Sie da überhaupt hineingesehen? – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Haben Sie den überhaupt gelesen?)

Das werde ich auch belegen.

Im Agrarsektor haben wir derzeit eigentlich mit genau denselben Problemen zu kämpfen wie – das haben wir heute thematisiert – im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Euro-Raum und weltweit. Die Einkommen der Bäuerinnen und Bauern sowie der Beschäftigten in der Landwirtschaft sind viel zu gering.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Wollen Sie auch beim Agrardiesel kürzen?)

Um 20 Prozent sind seit der Liberalisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik die Erzeugerpreise gesunken. Das Durchschnittseinkommen pro Arbeitskraft lag im Geschäftsjahr 2009/2010 um 34 Prozent unter dem durchschnittlichen Vergleichsbruttolohn.

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Lösung?)

Im besten Geschäftsjahr der letzten Jahre – das war 2007/2008 – lag das Einkommen immer noch 5 Prozent unter dem gesellschaftlichen Durchschnittsbruttolohn. Das alles können Sie im Agrarbericht der Bundesregierung aus diesem Jahr nachlesen; damit Sie nicht glauben, das seien nur linke Parolen.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das ist die prosperierende Landwirtschaft!)

(C)

Schuld daran ist meiner Meinung nach Ihre exportorientierte Politik. Sie zielen vor allem auf den Verkauf von möglichst billigen Agrarrohstoffen ab.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie ergreifen keinerlei Maßnahmen, um die Märkte im Interesse der Erzeuger zu regulieren, damit diese endlich faire Preise für ihre Produkte bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der entscheidende Grund, weshalb wir fast 3,7 Milliarden Euro für die landwirtschaftliche Sozialpolitik ausgeben müssen, ist folgender – hören Sie gut zu –: Die Bäuerinnen und Bauern haben schlicht und ergreifend kein Geld, um sich selbst ausreichend sozial abzusichern. Das ist die Wahrheit über Ihre falsche Agrarpolitik.

(Beifall bei der LINKEN – Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Also Strukturen einfrieren?)

Im Osten der Republik bereiten Sie den landwirtschaftlichen Betrieben zusätzliche Probleme. Dort ist die BVVG, die Nachfolgerin der Treuhand, Motor der Preistreiber bei Verkauf ehemaliger volkseigener Flächen. Das geschieht im Auftrag des Finanzministeriums. Auch durch die Fehlanreize im Rahmen der EEG-Förderung großer Biogasanlagen haben Sie dazu beigetragen, dass die Pachtpreise steigen, und zwar in ganz Deutschland. Diese Bodenpolitik ist sozial ungerecht und gefährdet die Existenz Tausender Familien in der Landwirtschaft.

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Wir von der Linken fordern: Erstens. Wir brauchen eine Förderung von regionalen Kreisläufen.

Zweitens. Wir brauchen eine Stärkung der Marktmacht der Erzeuger.

Drittens. Die Förderung von Exporten muss gestrichen werden, und wir brauchen eine Stärkung des Binnenmarktes.

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Wie?)

Viertens. Wir brauchen eine Regulierung der Märkte; denn der totale Markt hat in der Landwirtschaft genauso versagt wie in der sonstigen Wirtschaft und im Finanzsektor.

(Beifall bei der LINKEN)

Fünftens. Wir brauchen ein Verbot der Spekulation mit Lebensmitteln.

(Beifall bei der LINKEN – Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Wie? – Zuruf von der CDU/CSU: Also keine Hamsterkäufe?)

Wir von der Linken machen auch konkrete Vorschläge. Wir fordern, den Ökolandbau zu stärken. Nur 2,6 Prozent der Forschungsmittel in der Landwirtschaft gehen derzeit in die Forschung für den Ökolandbau. Das ist ein Witz.

Alexander Süßmair

- (A) (Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Soll da alles rein?)

Die Linke fordert die Erhöhung des Anteils auf 20 Prozent. Außerdem fordern wir, dass Sie den Zuschuss zum Bundesprogramm Ökolandbau von 16 Millionen Euro auf 25 Millionen Euro aufstocken. Das könnten Sie finanzieren, indem Sie zum Beispiel die Exportförderung in Höhe von 5 Millionen Euro streichen.

(Beifall bei der LINKEN – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Und die Arbeitsplätze im Export?)

Wir fordern auch, dass Sie landwirtschaftliche Betriebe fördern, die ihre Maschinen auf reines Pflanzenöl umstellen. Dann könnten die landwirtschaftlichen Betriebe ihren Treibstoff selbst produzieren. Davon hätten sie deutlich mehr als von Ihrer Beimischungspolitik bei E 10 oder der Steuerbefreiung des Agrardiesels. Das wäre nachhaltig und würde nicht nur den Mineralölkonzernen nutzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir von der Linken unterstützen auch die Forderung des Bauernverbandes nach einer steuerfreien Risikoprüfung für die Landwirtschaft. Damit könnten Ernteaufschläge und Verluste wie zum Beispiel in diesem Jahr durch Ehec aufgefangen werden. Dann müssten wir hier nicht alle Jahre wieder Nothilfprogramme beschließen.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Mein Fazit Ihrer Agrarpolitik lautet: Sie wendet sich gegen die Bäuerinnen und Bauern, sie bringt nichts für die Verbraucherinnen und Verbraucher, und sie hat international katastrophale Auswirkungen für die Menschen in den Entwicklungsländern. Wir brauchen eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Agrarpolitik. Dafür steht die Linke.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das ist doch alles Quatsch! Das ist doch Unsinn, was Sie da sagen!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Cornelia Behm hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Cornelia Behm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachhaltigkeit ist jetzt in aller Munde. Wir haben das gerade bei der Rede von Herrn Holzenkamp erlebt, der Nachhaltigkeit zum Maßstab der christlich-liberalen Agrarpolitik erklärt hat. Die Bundesregierung hat einen Beirat für nachhaltige Entwicklung eingesetzt, wir haben im Bundestag einen Beirat für nachhaltige Entwicklung, es gibt eine Nachhaltigkeitsstrategie, und in alle Gesetze schreiben wir etwas zur Nachhaltigkeit. Aber wie sieht die politische Praxis aus?

Es gab einmal ein Bundesprogramm Ökologischer Landbau, finanziert vom Agrarministerium. Daraus hat

das Agrarministerium das Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft gemacht. Nun frage ich mich ganz besorgt: Was, wenn nicht der Ökolandbau, ist die Form der nachhaltigen Landwirtschaft? Nur mit dem Ökolandbau werden Böden, Gewässer, Klima und Biodiversität geschützt. Auch der Tierschutz spielt dabei eine ganz entscheidende Rolle. Das heißt, der Ökolandbau wird den globalen Herausforderungen und den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht und ist damit eine nachhaltige und zukunftsfähige Form der Landwirtschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus diesem Grunde ist der Ökolandbau auch das Leitbild für eine Landwirtschaft der Zukunft weltweit. Das hat schon seinerzeit Frau Künast erkannt.

(Heinz-Peter Hausteil [FDP]: Wer? – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Frau Künast? Wer ist das?)

Sie hat das Ziel gesetzt, einen Flächenanteil von 20 Prozent für den Ökolandbau zu erreichen. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat das 2001 unterstrichen. Das Interessante ist, dass der Rat für Nachhaltige Entwicklung gerade vor einem Monat erklärt hat: Wir müssen mehr tun, wenn wir einen Anteil des Ökolandbaus von 20 Prozent erreichen wollen; denn Ökolandbau ist der Goldstandard. Ökolandbau ist das Leitbild. Darüber hinaus hat der Rat angeregt, 20 Prozent der Agrarforschungsmittel für den Ökolandbau einzusetzen.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Es gibt auch Leute, die haben nicht nur Gold im Geldbeutel!)

Angesichts des Agrarhaushalts der Bundesregierung sind wir davon Potenzen entfernt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen Sie endlich die ideologischen Scheuklappen ab!

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

Folgen Sie den Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung. Dafür gibt es eine haushaltsneutrale Lösung, nämlich die Neuausrichtung der BioÖkonomie-Strategie. Darin stecken immerhin 2,4 Milliarden Euro, verteilt über sechs Jahre. Der Großteil davon kommt nicht aus dem BMELV-Haushalt, sondern aus dem BMBF-Haushalt.

Eine weitere Empfehlung des Rates für Nachhaltige Entwicklung ist eine Vermarktungsoffensive für den ökologischen Landbau. Dafür haben wir ein hervorragendes Instrument, nämlich das Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft, BÖLN. Streichen Sie das N, machen Sie endlich wieder BÖL daraus. Stoppen Sie Ihre Irrfahrt! Reden Sie nicht nur nachhaltig, sondern handeln Sie auch nachhaltig!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(A) Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Kollegin Mechthild Heil hat für die Unionsfraktionen das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Mechthild Heil (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Opposition ist nun einmal so, wie sie ist: richtungslos und wirr im Vortrag,

(Lachen bei der SPD)

unpräzise und populistisch in der Sache. Mit Verlaub, was Sie hier heute Abend der Öffentlichkeit vormachen, ist eine reine Mogelpackung: große Aufmachung und im Kern mehr Luft als Ware!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wären Sie ein Unternehmen in der Ernährungsbranche, würde man Ihnen von der Verbraucherzentrale die rote Karte zeigen und Ihnen eine Abmahnung zukommen lassen.

(Rita Schwarzelühr-Sutter [SPD]: Sehr witzig!)

Bei uns ist drin, was draufsteht: Wir haben im letzten Haushalt die Ausgaben für den Verbraucherschutz um 30 Prozent erhöht. Davon rücken wir auch heute nicht ab. Nein, wir legen sogar noch etwas drauf, weil wir, die CDU/CSU und die FDP, um die Bedeutung der Verbraucherpolitik wissen und uns für eine echte Zukunftsvorsorge für die Verbraucherinnen und Verbraucher interessieren.

(B)

Wir haben das Stiftungsvermögen der Stiftung Warentest um insgesamt 50 Millionen Euro erhöht. Wir haben die Stiftung Deutscher Verbraucherschutz mit 10 Millionen Euro unterstützt. Rechnet man diese Einzelzahlungen heraus – was Sie heute Abend nicht getan haben –, dann stellt man fest, dass der Etat für die Verbraucherpolitik 2012 um weitere 6 Prozent anwächst. Bei allen Sparanstrengungen im Zuge der Schuldenbremse setzen wir in der Verbraucherpolitik ein klares Zeichen.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]:
So ist es!)

Wie moderner und zielgenauer Verbraucherschutz aussieht und wie er bei uns funktioniert, sehen Sie am Beispiel eines Projektes, das nicht einmal 1 Million Euro gekostet hat: Lebensmittelklarheit.de. Durchschnittlich gehen jeden Tag etwa 100 000 Bürger auf diese Seite. Sie ist von unserem Bundesministerium finanziert. Die Verbraucherzentrale Hessen betreut die Seite. Es gibt Informationen über die Aufmachung und die Etikettierung von Lebensmitteln. Fragen können gestellt werden. Auch die eine oder andere Unklarheit kann dort beseitigt werden. Allein in den ersten Tagen gab es geradezu einen Ansturm von 20 Millionen Zugriffen auf diese Seite. Jeden Tag erreichten die Verbraucherschützer bis zu 300 Anfragen und Produktmeldungen. Das zeigt nicht nur das große Informationsinteresse der Bürgerinnen

und Bürger, sondern auch deren Bereitschaft, freiwillig und aktiv an klareren und verständlicheren Lebensmittelinformationen mitzuarbeiten. **(C)**

In der kurzen Zeit seit Bestehen dieser Seite haben sich bereits viele Lebensmittelhersteller mit Produktbeschwerden auseinandergesetzt. Sie haben begonnen, ihre Verpackungen verständlicher zu gestalten oder auch durch ihre eigene gute Argumentation mehr Verständnis bei ihren Endkunden zu erzielen.

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Wer das glaubt, wird selig!)

Einmal mehr sehen wir, dass Kunden und Hersteller sich eben nicht wie feindliche Brüder gegenüberstehen, wie uns die linke Seite des Hauses immer glauben machen will.

(Roland Claus [DIE LINKE]: Das heißt Schwestern und Brüder!)

Nein, Kunden und Hersteller sind auf ein vertrauensvolles Miteinander angewiesen. Das Internetportal „Klarheit und Wahrheit“ ist ein guter Schritt in diese Richtung.

Vor allem unserer Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner gebührt großer Dank, dieses Projekt unbeirrt von Kritik zum Erfolg geführt zu haben. Danke sehr, sehr verehrte Frau Aigner.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich danke Ihnen im Namen aller Verbraucher, die Klarheit suchen, aber auch im Namen aller Unternehmer, die an aufgeklärten Kunden Interesse haben. Dank sage ich aber auch für die mediale Begleitung dieses Prozesses. Die nicht ganz unberechtigte Angst einiger Hersteller, mit Produkten an den Pranger gestellt zu werden, die zwar rechtlich einwandfrei sind, aber für den Kunden dennoch missverständlich sein könnten, hat sich zum Glück bis heute nicht bewahrheitet. **(D)**

Ob Ernährung, Gesundheit, Finanzanlagen oder Informationsrechte, Verbraucherschutz ist für uns von der CDU/CSU keine Nischenpolitik. Im Jahr 2010, dem ersten Jahr der Ministerin Aigner, wurde sehr vieles angestoßen und auf den Weg gebracht. Es vergeht seitdem kein Monat, in dem wir von der Union nicht eine verbraucherschutzpolitische Initiative auf den Weg gebracht haben.

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Angekündigt, ja!)

Das jetzt verschärfte Verbraucherinformationengesetz ist die umfangreichste und ambitionierteste Verbraucherschutzoffensive seit Jahren. Neben Informationen zu Lebensmitteln und Kosmetika können Verbraucher künftig auch Auskunft über Spielzeug, Haushaltsgeräte oder andere technische Produkte erhalten.

Mit der Button-Lösung sind wir beim digitalen Verbraucherschutz in Europa führend.

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Das ist ja nicht wahr! Die Franzosen haben das schon längst!)

Vermeintlich kostenlos ein Rezept heruntergeladen zu haben und in Wahrheit ein Jahresabonnement für eine

Mechthild Heil

- (A) Zeitschrift abgeschlossen zu haben, gehört nun der Vergangenheit an.

Beim Anlegerschutz geben wir mit den Produktinformationsblättern den Kunden eine gute Möglichkeit an die Hand, Angebote für ihre Geldanlage besser zu verstehen und die Angebote untereinander wirklich zu vergleichen. Die bisher nur für den Bankensektor geltende Dokumentationspflicht werden wir auch auf den Grauen Kapitalmarkt, also auf alle Anlageberater, ausweiten.

Die Weltwirtschaftskrise hat uns nachdrücklich gezeigt: Verbrauchervertrauen ist die Voraussetzung für eine gesunde Volkswirtschaft. Weil wir das wissen, stärken wir die Verbraucher und damit unsere Wirtschaft.

Mit dem neuen Telekommunikationsgesetz beenden wir endgültig die Beutelschneiderei mit teuren Warteschleifen.

Wir wollen einen flächendeckenden Ausbau des Breitbands. Menschen auf dem Land sind für mich keine Verbraucher zweiter Klasse.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir setzen uns für weniger Preisschwankungen an den Zapfsäulen ein. Zu viele Kunden fühlen sich von den manchmal stündlich wechselnden Preisen an den Tankstellen an der Nase herumgeführt.

Ein besserer Schutz der persönlichen Daten im Netz und vieles andere steht bei uns auf der Agenda.

- (B) Unserem Ziel – schnellere und zielgenauere Informationen für den Verbraucher, keine staatliche Bevormundung, weniger Spielraum für die schwarzen Schafe auf dem Markt – sind wir in den letzten zwei Jahren ein deutliches Stück nähergekommen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Heil, achten Sie bitte auf die Zeit.

Mechthild Heil (CDU/CSU):

Der vorliegende Haushaltsentwurf eröffnet uns die Möglichkeit, auf diesem Weg weiter voranzugehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Kollegin Drobinski-Weiß hat für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Elvira Drobinski-Weiß (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Verbraucherinnen und Verbraucher auf den Rängen! Ich möchte gern ein bisschen Wasser in den Wein gießen, den Frau Heil uns einzuschenken versucht hat.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP:
Oh nein!)

Denn angesichts der Verbraucherpolitik dieser Bundesregierung ergibt sich folgendes Bild: Die Verbraucherpolitik hat für die schwarz-gelbe Bundesregierung wenig Bedeutung. (C)

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wohl wahr!)

Die Verbraucherpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung hat kein Konzept. Die Verbraucherpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung besteht vor allen Dingen aus Worten und weniger aus Taten. Sie nutzt Worte und Bilder. Das dient weniger den Verbrauchern als der PR in eigener Sache.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Verbraucherpolitik fällt bei dieser Bundesregierung nur „unter ferner liefen“. Denn im Haushaltsentwurf 2012 sind ganze 3 Prozent des gesamten Etats für verbraucherpolitische Maßnahmen vorgesehen. Das im Einzelplan 10 enthaltene Tortendiagramm weist für die Verbraucherpolitik gerade einmal 148,6 Millionen Euro aus; das ist der kleinste Anteil. So viel gibt man für die Verbraucherpolitik aus. Sogar für den Bereich „Weitere Ausgaben“ sind 447,9 Millionen Euro vorgesehen. Das ist dreimal so viel wie das, was für die Verbraucherpolitik ausgegeben werden soll.

Die Verbraucherpolitik der Bundesregierung hat kein Konzept. Ihre Maßnahmen sind nicht an der Realität der Verbraucher ausgerichtet. Wir von der SPD-Fraktion fordern deshalb den Ausbau einer verbraucherbezogenen Forschung. Wir fordern die Einführung eines wissenschaftsbasierten Verbraucherchecks bei der Gesetzgebung. Bisher fehlen Daten über das tatsächliche Verhalten von Verbrauchern, die Motive für die Produktwahl und die Verarbeitung von Informationen. So weiß man zum Beispiel auch zehn Jahre nach der Einführung der Riemer-Produkte nicht, warum viele Menschen diese Verträge nicht abschließen, warum sie die Zulage nicht beantragen und warum sie nicht bis zur Rente „durchsparen“. Wir fordern deshalb den Aufbau einer eigenständigen Forschungseinrichtung, die unter anderem eine jährliche und repräsentative Verbrauchererhebung durchführt. Sie soll die Grundlage für weitere Studien und einen Verbrauchercheck in der Gesetzgebung ermöglichen. (D)

Beim Verbraucherinformationsgesetz haben wir als SPD in einem Entschließungsantrag erstmalig einen Verbrauchercheck gefordert. Wir wollen, dass die sich in der Praxis offenbarenden Schwächen zum Anlass genommen werden, entsprechend nachzubessern. Obwohl seit Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 2008 klar ist, dass die Auskunftsmöglichkeiten für Verbraucher so stark eingeschränkt sind, dass die Verbraucher sie kaum nutzen, warten wir seit drei Jahren auf eine entsprechende Novelle. Das, was uns bisher vonseiten der Bundesregierung bekannt ist, lässt leider befürchten, dass auch die Schwächen dieses Gesetzes wieder einmal nur unzureichend beseitigt werden sollen.

Nach Auffassung der Bundesregierung soll der mündige Verbraucher allein die Verantwortung für ein nach-

Elvira Drobinski-Weiß

- (A) haltiges Konsumverhalten tragen. Dabei ist der Markt mit der sogenannten Nachhaltigkeit für die Verbraucher undurchschaubar geworden. Hinz und Kunz werben mit der Nachhaltigkeit ihrer Produkte. Doch was steckt dahinter? Wir fordern eine öffentlich zugängliche Datenbank, in der Hersteller, die mit solchen Aussagen werben, ihre Kriterien für soziale und ökologische Produktionsbedingungen offenlegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

So werden nämlich die unterschiedlichen Nachhaltigkeitsbegriffe für die Verbraucher vergleichbar. Das kann zu einer einheitlichen Definition beitragen.

Wie Sie wissen, hat der Europäische Gerichtshof vorgestern entschieden, dass nicht zugelassene Genkonstrukte in Lebensmitteln nicht toleriert werden dürfen, egal ob absichtlich oder zufällig hineingelangt und unabhängig vom Anteil. Im Klartext muss dies heißen: keine Aufhebung der Nulltoleranz für nicht zugelassene Konstrukte und kein Anbau von GVO-Pflanzen. Denn die Koexistenz ist ein Märchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Die Ausbreitung von GVO ist nicht kontrollierbar. Doch stattdessen diskutiert man in der Bundesrepublik über eine Kennzeichnungspflicht für die Produkte, die irgendwie mit Gentechnik in Berührung gekommen sind. Wir halten eine solche Kennzeichnung nur dann für sinnvoll, wenn der Verbraucher auf einen Blick erkennen kann, ob gentechnisch veränderte Pflanzen genutzt wurden oder ob auf irgendeiner Produktionsstufe im Herstellungsprozess ein gentechnisch verändertes Enzym eingesetzt wurde. Mehrheitsfähig – Frau Aigner, da muss ich Ihnen leider widersprechen – ist diese Kennzeichnung auf EU-Ebene sowieso nicht. Deshalb haben wir uns damals für die freiwillige Kennzeichnung „Ohne GenTechnik“ auf nationaler Ebene starkgemacht. Die haben wir von der SPD durchgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich freue mich, dass Sie, Frau Aigner, uns dabei unterstützt haben. Wir brauchen aber weiterhin Mittel für diese Informationskampagne.

Ob Lebensmittelkennzeichnung, Verbraucherrechtlinie, Datenschutz oder Spielzeugsicherheit, wichtige verbraucherpolitische Vorhaben – das wissen wir alle – werden in Brüssel verhandelt. Die Wirtschaft ist in Brüssel bestens aufgestellt. Ihre Lobbyisten bauen ihre Präsenz in Brüssel massiv aus. Für die Zusammenarbeit der Verbraucherverbände auf EU-Ebene werden die Mitgliedsbeiträge der vzbv an die europäische Verbraucherorganisation BEUC zwar aus dem Einzelplan 10 gefördert, eine Vertretung für die spezifischen Interessen der deutschen Verbraucher existiert jedoch nicht. Das, so finden wir, muss sich schnellstens ändern.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das kann wohl nicht wahr sein!)

(C) Die Verbraucherpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung: wenige Taten, viele Worte und viel PR in eigener Sache. Es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen. Viel wurde versprochen und nicht gehalten. Die Seite www.lebensmittelwarnung.de ist immer noch im Aufbau. Das Verbrauchertelefon mit Lotsenfunktion existiert nach wie vor nicht. Ob Anlegerschutz oder Spielzeugsicherheit, die Liste der leeren Versprechungen ließe sich beliebig fortsetzen. Die PR des Ministeriums dagegen läuft auf Hochtouren. Einmal verkündet der Parlamentarische Staatssekretär Allgemeinplätze, und sein Konterfei lächelt freundlich von der gesponserten Anzeige.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Er macht einen guten Eindruck!)

Ein anderes Mal lässt sich die Ministerin im Werbespot auf der Internetseite einer Küchenfirma finden, oder es werden Projekte von Zuwendungsempfängern genutzt, um die Arbeit des Ministeriums zu bewerben. Aus dieser Ecke werden wir möglicherweise noch einiges hören. Lieber wäre uns weniger PR, dafür mehr gute Politik für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Happach-Kasan für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sollte über diesem büttenreifen Beitrag der Kollegin Drobinski-Weiß nicht vergessen werden, dass wir hier über das Feld Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz diskutieren. Ich danke dem Kollegen Priesmeier ausdrücklich, weil er festgestellt hat, dass es insgesamt in der Landwirtschaft gut läuft. Es läuft in der Tat bemerkenswert gut.

Ich vermisse allerdings in den Beiträgen der Opposition die Überlegung, dass eine Haushaltsdebatte nicht nur darüber geführt werden sollte, wie die Gelder, die von den Steuerzahlern erwirtschaftet werden, verteilt werden. Es sollte auch darüber diskutiert werden, welche strukturellen Rahmenbedingungen wir schaffen. Die Opposition ist etwas blass geworden. Wir haben Rahmenbedingungen geschaffen, die es unserer Landwirtschaft ermöglichen, ein gutes Einkommen zu erwirtschaften. Herr Priesmeier hat recht: Wir haben eine schlechte Ernte. Deswegen werden wir darüber nachdenken, Direktzahlungen schneller zu leisten, damit keine Liquiditätsgenässe entstehen. Dies liegt im Interesse der Betriebe.

Ich vermisse bei der Kritik dessen, was gewesen ist – Frau Drobinski-Weiß war offensichtlich nicht da, sonst hätte sie bemerkt, wie viel diese Bundesregierung bewegt hat –,

(D)

Dr. Christel Happach-Kasan

- (A) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

dass man, wenn man gegen das Grünlandmilchprogramm ist, sagt, wie den Landwirten in der Milchkrise hätte geholfen werden können. Dazu kam absolut nichts.

Der Haushalt dieser Bundesregierung folgt der Leitlinie „Stabilität, Wachstum, Zukunftsfähigkeit“. Zukunftsfähigkeit ist *das* Thema. Das bedeutet im Bereich der Landwirtschaft eine Steigerung von Effizienz. Wir müssen das, was wir mit der GAP auf den Weg bringen, vor dem Hintergrund der Steigerung der Effizienz der Landwirtschaft betrachten. An die Grünen gerichtet: Das gilt auch für die Ökolandwirtschaft. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat ebenfalls gesagt: Bitte, liebe Ökobetriebe, auch ihr müsst effizienter werden, als ihr es bisher wart. – Das ist eine Aufforderung an diese Betriebe. Es reicht nicht, immerzu die bäuerliche Landwirtschaft hochzuhalten und Museumslandwirtschaft zu fordern. Wenn wir die Welt ernähren wollen – dazu müssen auch wir als Deutsche einen Beitrag leisten –, dann müssen wir Effizienzsteigerungen auf den Weg bringen, dann darf es – das ist eine Forderung der FDP; ehrlich gesagt, vermisse ich eine solche Forderung von der Linken – auch keine Deckelung geben.

(Alexander Süßmair [DIE LINKE]: Wir sind doch gegen eine Deckelung!)

– Das hat er leider nicht gesagt. Das hätte er sagen müssen.

- (B) (Alexander Süßmair [DIE LINKE]: Das hat er auch gesagt!)

– Nein, das hat er nicht.

Wir müssen feststellen, dass wir in Deutschland unterschiedliche Betriebsstrukturen in den verschiedenen Landesteilen haben, und deswegen müssen wir für das ganze Land und nicht nur für einige Teile Politik machen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Genau! Wir sind für alle da!)

Ich finde es außerordentlich bemerkenswert, dass es dieser Bundesregierung – Frau Aigner gemeinsam mit Herrn Niebel – erstmals gelungen ist, deutlich zu machen: Wer Welternährung will, der muss auch Landwirtschaft wollen.

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber was für eine Landwirtschaft!)

Nur über mehr Landwirtschaft werden wir in der Lage sein, die Menschen auf der Erde zu ernähren; nur so wird es gehen. Wenn wir uns einfach einmal bewusst machen, dass sich die genutzte Ackerfläche pro Kopf von 1950 bis 2025 auf ein Drittel reduzieren wird – von 5 000 Quadratmetern auf 1 700 Quadratmeter –, dann wird uns klar, welche Herausforderung die Steigerung der Effizienz bedeutet.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Richtig!)

Die Bundesregierung hat die Ehec-Krise sehr sachgerecht bewältigt. Ich bin betroffen, dass wir 50 Tote zu beklagen haben. Aber wir müssen auch feststellen, dass das Bundesgesundheitsministerium unter Herrn Bahr und das Bundeslandwirtschaftsministerium unter Frau Aigner mit der Taskforce ausgesprochen gut gehandelt haben und dass wir diese Krise deswegen schnell beendet haben. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Im Bundesgesundheitsministerium sind bereits Konsequenzen für die Gesetzgebung daraus gezogen worden.

Ich möchte noch auf die landwirtschaftliche Unfallversicherung eingehen. Dieses Thema wird uns in Zukunft noch beschäftigen. Ich will einen Punkt ganz deutlich machen: Ich bin der Meinung, der Unfall, der nicht geschieht, ist der beste Unfall. Deswegen müssen wir bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung darauf setzen, dass wir mehr Anreize zur Vermeidung von Unfällen, also zu Vorsorgemaßnahmen, schaffen, damit die hohe Zahl der Unfälle im Bereich von Land- und Forstwirtschaft endlich effektiv gemindert wird.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Schirmbeck für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP) (D)

Georg Schirmbeck (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zuerst das aufgreifen, was der Kollege Hausteil schon getan hat: Er hat sich bei vielen Mitstreitern bedankt. Lieber Peter, ich darf dich korrigieren: Du hast unsere Ministerin vergessen. Ihr gilt natürlich dein und mein ganz besonderer Dank. Ich darf ergänzen: Ich möchte mich auch beim Finanzministerium, besonders beim Staatssekretär Kampeter, bedanken; denn wenn dort nicht die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, können wir hier zwar über vieles reden, aber nichts machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, auch wenn wir eine fröhliche Runde sind, lassen Sie mich versuchen, Ihnen hier einen ganz ernsthaften Gedanken vorzutragen. Ich war mit dem Kollegen Peter Bleser vor einigen Tagen auf der sogenannten Armuts- oder Hungerkonferenz der Afrikanischen Union in Addis Abeba, also in über 2 300 Meter Höhe. In Ostafrika gibt es 12 Millionen Menschen, die dem Hunger ins Auge sehen. In Ostafrika hat man die besten Zuckerrübenböden. Man hat dort auch reichlich Wasser. Politisch und agrarstrukturell herrschen dort aber archaische Verhältnisse. Wäre dies nicht so und hätte man dort unser landwirtschaftliches Können der 1960er-Jahre, dann könnte man – das sagen unsere Fach-

Georg Schirmbeck

- (A) leute – nicht nur die Menschen in Somalia und in Äthiopien, sondern auch die in Ägypten ernähren.

Wir hier haben die erfolgreichste, leistungsfähigste Landwirtschaft der Welt. Sie ist, wenn man das im internationalen Vergleich sieht, vergleichsweise kleinteilig. Wir aber erwecken den Eindruck, als gäbe es hier Missstände ohne Ende. Ich sage Ihnen: Wenn wir nicht eine so leistungsfähige Landwirtschaft hätten, könnten wir nicht dorthin fahren, um den Hungernden, den Sterbenden dort so zu helfen, wie wir das tun. Italien kann es schon nicht mehr.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: So ist es! Endlich sagt das mal einer!)

Verehrter Herr Kollege Süßmair, ich hätte nicht gedacht, dass wir das 21 Jahre nach der deutschen Einheit hier noch einmal diskutieren müssen. Aber der Kollege Claus hat ausgeführt, die Landwirtschaft sei nun der Bereich gewesen, in dem die DDR der Bundesrepublik überlegen gewesen sei.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Ich war im Januar 1990 das erste Mal in Neustrelitz. Damals funktionierte die DDR in ihren staatlichen Strukturen ja noch. Da war ich beim Rat des Kreises. Da war auch der Agrarkreisrat oder wie immer der sich damals nannte. Der hatte ein Problem. Der hatte 1 000 fette Schweine, die so fett waren, dass sie auf dem Hintern sitzen mussten, weil sie nicht mehr stehen konnten. Das war leibhaftige Tierquälerei. Der hatte das Problem, dass diese fetten Schweine – dafür gab es auch gar keinen Markt mehr – geschlachtet werden mussten. Da mussten meine Freunde aus Südoldenburg kommen und das erledigen. Das ist die Überlegenheit gewesen! Ich sage es einmal ein bisschen polemisch: Mit Ihrer Landwirtschaft würde selbst in der Sahara der Sand knapp.

- (B)

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Lassen Sie mich etwas zu dem ländlichen Raum sagen, dem geprägten ländlichen Raum, der sich total entvölkert, der erbärmlich dasteht. Ich komme – zusammen mit dem Kollegen Holzenkamp – aus einer Region, in der vielleicht die moderne Landwirtschaft entwickelt worden ist – das kann man vielleicht so behaupten –, in der aber die Menschen vor zwei Generationen noch Sand gefressen haben, weil das leichte Böden sind. Die älteren Leute, die da leben, haben noch Hunger gekannt. Da ist heute moderne Landwirtschaft.

Wenn ich dann höre, dass von einer Entvölkerung gesprochen wird, dann muss ich sagen: Der Landkreis Osnaabrück hat in den letzten 20 Jahren 75 000 Einwohner zusätzlich gewonnen. Die Bevölkerung im Landkreis Vechta ist erheblich gewachsen. Das gilt auch für den Landkreis Cloppenburg oder das Emsland und die Grafschaft Bentheim. Die Arbeitslosenzahlen sind unter 4 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit ist an der Nachweissgrenze.

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Es muss auch andere Gegenden in Deutschland geben!)

Das sind keine Regionen, in denen Not herrscht. Ich kann nur sagen: Wenn es denn Regionen gibt, in denen die Strukturen heute nicht zu halten sind und die sich entvölkern, dann möge man sich in diesen Räumen einmal Gedanken darüber machen, warum das bei ihnen so ist, und dann möge man vielleicht das eine oder andere ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Alexander Süßmair [DIE LINKE]: Unverschäm! Sie schreiben doch selber in Ihrem eigenen Bericht, dass die Einkommen nicht ausreichen!)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass im ländlichen Raum gebaut wird. Es werden Windräder gebaut. Es werden Solaranlagen gebaut. Die Außenwände von Stallgebäuden werden sogar verklinkert hochgezogen. So kann man in anderen Regionen der Welt nicht einmal Häuser bauen. Es gibt richtig Innovationen im ländlichen Raum. Es besteht dort lediglich das Problem, dass es keinen Handwerker, keinen Fliesenleger gibt, der zeitgerecht den einen oder anderen Auftrag ausführt.

Lassen Sie uns doch einmal ehrlich sein! Wir brauchen natürlich Verbraucherschutz. Wir brauchen Lebensmittelüberwachung. Jeder einzelne Fall, den wir in diesem Zusammenhang diskutieren, ist einer zu viel; da sind wir uns völlig einig. Aber können wir nicht auch einmal feststellen, dass wir gesunde Lebensmittel in einer Vielfalt haben, die es in keiner Generation vor uns gab?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch darauf können wir stolz sein; auch das können wir erwähnen, statt immer nur den einen Fall so hochzuziehen, als ginge bald die Welt unter.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Da klatschen nicht einmal die eigenen Leute!)

Ein Thema, für das ich, wie der eine oder andere weiß, eine besondere Leidenschaft habe, ist die Forstwirtschaft. Wir haben das Internationale Jahr der Wälder. Wir dürfen feststellen, dass die deutsche Forstwirtschaft besonders leistungsfähig ist. Das sieht man auch daran, dass im Biodiversitätsbericht der Bundesregierung festgestellt wird, dass die Biodiversitätskriterien gerade in der Forstwirtschaft besonders erfolgreich eingehalten werden.

Deutsche Forstleute sind in der ganzen Welt tätig. Ich darf der Ministerin herzlich dafür danken, dass sie sich beispielsweise an großen Kooperationswerken in Vietnam, aber auch in China und in anderen Ländern beteiligt.

Wenn man über Forstentwicklung in der Welt redet, so ist es natürlich richtig, dass es an manchen Stellen Waldvernichtung gibt, bei der wir dagegenhalten müssen. Aber nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, dass es durch deutsche Forstleute, durch Mittel, die wir in diesem Bundeshaushalt zur Verfügung stellen, beispielsweise gelingt, in einem Zeitraum von zehn Jahren in Vietnam die Waldfläche wieder auf das Niveau von vor dem Vietnamkrieg zu bringen. Auch darauf können wir

(C)

(D)

Georg Schirmbeck

- (A) doch stolz sein. Das sollte man wissen; deshalb möchte ich das hier erwähnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nachdem ich mir vorhin die Ausführungen zu Forschung und Entwicklung angehört habe – ich finde es toll, dass wir Exzellenzuniversitäten und Ähnliches haben –, sage ich durchaus ein bisschen kritisch: Es kann doch nicht sein, dass wir an unseren Exzellenzuniversitäten junge Forstleute heranbilden, dann aber nicht in der Lage sind, den Besten eines Jahrgangs einen Arbeitsplatz anzubieten – und das angesichts der Tatsache, dass das derzeitige Forstpersonal im Schnitt über 50 Jahre alt ist. Dieses Verhalten ist kurzsichtig und überzeugt nicht. Ich hätte den Wunsch, dass sich die Länder an der einen oder anderen Stelle etwas mehr in die richtige Richtung bewegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Herr Kollege Schwanitz hat hier gesagt, im ländlichen Raum werde Geld verbrannt. Ich kann dem nur entgegenhalten: Durch die Maßnahmen bei den Berufsgenossenschaften und beim Agrardiesel tragen wir dazu bei, dass auch im ländlichen Raum Kaufkraft vorhanden ist. Außerdem sorgen wir – das zeichnet diesen Einzelplan besonders aus – für soziale Sicherheit im ländlichen Raum, indem wir für diesen Bereich fast 4 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Das ist ein Beispiel für Kontinuität. Wir sind hier verlässliche Partner. Ich sage es noch einmal: Der Kollege Hausteil und ich werden sicherstellen, dass bei den Haushaltsplanberatungen die eine oder andere Änderung noch eingearbeitet wird, uns zugleich aber auch an dem Ziel orientieren, dass weiterhin kontinuierliche Politik für die Menschen in Deutschland und weit darüber hinaus gemacht wird.

- (B)

Herzlichen Dank für Ihre Geduld.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen nicht vor.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des **Bundesministeriums für Gesundheit, Einzelplan 15**.

Das Wort hat der Bundesminister Daniel Bahr.

(Beifall bei der FDP)

Daniel Bahr, Bundesminister für Gesundheit:

Guten Abend, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute beraten wir erstmals den Bundeshaushalt 2012 für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit. Der eigentliche Haushalt des Bundesgesundheitsministeriums ist auch im kommenden Jahr mit einem Umfang von knapp 483 Millionen Euro ein eher kleinerer Etat, aber es zeigt sich, dass man auch in diesem kleinen Etat schon richtige Prioritäten setzen kann. Ich möchte Ihnen drei Beispiele nennen:

Erstes Beispiel: 12 000 Menschen warten in Deutschland derzeit auf ein geeignetes Spenderorgan. Mir persönlich liegt das Thema Organtransplantation sehr am Herzen. Deshalb sieht unser Etat auch für das Jahr 2012 wiederum 2,5 Millionen Euro für Aufklärungsarbeit zur Organspende in der Bevölkerung vor.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir müssen es schaffen, meine Damen und Herren, dass sich möglichst viele Menschen mit diesem wichtigen Thema befassen. Wir werden mit der Novelle des Transplantationsgesetzes weitere Verbesserungen vornehmen, um die Zahl der Organspenden zu erhöhen und den Ablauf zu verbessern. Ich bin dankbar und begrüße ausdrücklich, dass sich der Deutsche Bundestag in diesem Jahr um das Thema Organspendebereitschaft kümmern möchte, dass eine Debatte hier im Deutschen Bundestag über die Frage geführt werden soll, wie wir die Bereitschaft der Menschen noch erhöhen können, einen Organspendeausweis auszufüllen.

Die Zahl derjenigen Menschen, die den Wunsch haben, selbst ein Spenderorgan zu erhalten, wenn es nötig ist, ist hoch. Die Bereitschaft zur Organspende in Deutschland ist hingegen noch zu gering ausgeprägt. Wir wissen aber auch, dass jeder, der sich selbst nicht mit dem Thema Organspende beschäftigt, die Entscheidung später einem Angehörigen aufbürdet. Deswegen werben wir für die Organspende und für das Ausfüllen eines Organspendeausweises. Wir sagen den Menschen: Jeder Organspender ist ein Lebensretter. Ich sage in dieser Debatte: Wir sollten im Deutschen Bundestag gemeinsam noch mehr dafür tun, dass sich die Menschen mit dem Thema Organspende persönlich beschäftigen und sich dafür entscheiden, einen Organspendeausweis auszufüllen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Beispiel zwei: Wir dürfen beim Thema HIV/Aids nicht nachlassen. Diese Erkrankung darf nicht in Vergessenheit geraten; sie stellt nämlich für viele Menschen immer noch eine lebensbedrohliche Situation dar. Wir sehen deshalb 12 Millionen Euro für Präventionsmaßnahmen in diesem Bereich vor.

(Elke Ferner [SPD]: Warum weniger?)

Wir werden, wie schon im vergangenen Jahr, rund 1,6 Millionen Euro für die Aidsforschung bereitstellen. Es zeigt sich, dass die Gefahren unterschätzt werden, wenn wir nicht durch fortwährende und gezielte Öffentlichkeitsarbeit stetig informieren. Auch hier setzen das Bundesministerium für Gesundheit und die Koalition insgesamt eine klare Priorität und stellen für das Thema HIV/Aids weiterhin die erforderlichen Mittel zur Verfügung.

Beispiel drei: Wir sind in vielen Bereichen unseres Gesundheitswesens dringend auf Innovation angewiesen: in der Pflege, der Kindergesundheit, der Arzneimittelsicherheit, aber auch bei Maßnahmen zur Quali-

(C)

(D)